Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a
Anzeigen-Geschäftsstelle Große Ulrichstraße 63. I, Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63. I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63. I, Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 133. **Halle a. S., Donnerstag, den 19. März** **1908.**

Das neue Vereinsgesetz nach den Kommissionsbeschlüssen erster Lesung.

Die Kritik, die in den letzten Tagen gegen das Vereinsgesetz erneut eingesetzt hat und in einzelnen Landtagen besonders laut ertönt ist, muß bei jedem, der sich mit dem Entwurf und den Kommissionsverhandlungen genauer befaßt hat, den Verdacht erwecken, daß — sehr gelinde ausgedrückt — erhebliche Mißverständnisse ihr zu Grunde liegen. Und zwar beziehen sich diese Mißverständnisse sowohl auf den bisherigen gesetzlichen Zustand in einzelnen Bundesstaaten, als auf die in Frage stehende reichsgesetzliche Regelung. Daraus, daß bisher die Verwaltungspraxis namentlich in Süddeutschland im allgemeinen liberal war, wird sofort von der öffentlichen Meinung ein Rückschluß gezogen auf die Güte und den Liberalismus der betreffenden Gesetze. Es läßt sich aber unschwer nachweisen, daß der Wortlaut dieser Gesetze so gut wie durchweg der Willkür der Polizei einen viel weiteren Spielraum läßt als das neue Vereinsgesetz mit seinen präzis gefaßten Bestimmungen. Wenn trotzdem Befürchtungen für die Zukunft laut werden, so würde denselben die sonderbare Vermutung zu Grunde liegen, daß dieselben Regierungen, die ihre allerhand Polizeiwillkür ermöglichenden Gesetze bisher liberal gehandhabt haben, nun auf einmal dazu übergehen werden, ein anerkanntermaßen liberales Gesetz zu reaktionärer Handhabung zu mißbrauchen. Diese Vermutung zeugt mindestens von geringem Vertrauen der betreffenden Politiker zu denselben Regierungen, deren bisherigen Liberalismus diese sorgenvollen Herren nicht genug zu rühmen wissen. — Es verlohnt sich, im jetzigen Augenblick, da die Kommission ihre zweite Lesung begonnen hat, die von ihr in der ersten Lesung vorgenommenen Aenderungen kurz zusammenzufassen. Dabei mag von dem zum Teil noch unfertigen, jedenfalls nicht endgültigen Wortlaut der einzelnen Paragraphen, sowie von dem § 7, dem Sprachenparagraphen, vorerst abgesehen werden.

1. Was zunächst das Recht der Vereine (§§ 1, 2, 2a neu) anlangt, so ist in § 2 der Begriff „politischer Verein" eingeführt, die Frist für Einreichung der Satzung und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder ist statt einer Woche auf zwei Wochen festgesetzt, der Polizei ist die Erteilung einer kostenlosen Bescheinigung über diese Einreichung zur Vorschrift gemacht. Wahlvereine, die vorübergehend für Wahlzeiten zusammentreten, fallen überhaupt nicht unter das Gesetz. Die Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen und gegen die Auflösungsverfügung kann das Verwaltungsstreitverfahren bezw. Rekurs ergriffen werden.

2. Für die „öffentlichen Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten" — andere Versammlungen fallen, was wiederum von den meisten Kritikern übersehen wird, überhaupt nicht unter das Gesetz — sind folgende Erleichterungen über die Vorlage hinaus beschlossen worden: die Anzeige bei der Polizei wird durch die öffentliche Bekanntmachung ersetzt; die Erteilung einer kostenfreien Bescheinigung für die Anzeige ist der Polizei vorgeschrieben; Wählerversammlungen (innerhalb der Wahlzeit) bedürfen keiner Anzeige; Versammlungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen (§ 152 der Gewerbeordnung) gelten nicht als politische Versammlungen. Versammlungen unter freiem Himmel müssen in der Anzeige oder der öffentlichen Bekanntmachung als solche hervorgehoben werden; nur Versammlungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, nicht auch in eingefriedigten Höfen oder Gärten, sind genehmigungspflichtig. Die Genehmigungsfrist ist von 48 auf 24 Stunden verkürzt. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn von der Versammlung oder dem Aufzuge eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs (Entwurf: „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit") zu befürchten ist. Ueber die Verweigerung der Genehmigung ist dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe zu erteilen.

3. Die Auflösungspflicht bezw. -befugnis gegenüber einer öffentlichen Versammlung ist nicht, wie der Entwurf wollte, dem Leiter der Versammlung, sondern den Beauftragten der Polizei zugewiesen. Die Gründe dafür sind scharf umschrieben worden. Wenn eine Versammlung aufgelöst ist, so hat die Behörde dem Leiter der Versammlung die Gründe der Auflösung schriftlich mitzuteilen, falls er binnen drei Tagen dies beantragt, und steht demselben das Recht zu, die Auflösungsverfügung im Verwaltungsstreitverfahren oder durch Rekurs anzufechten.

4. Die Strafen bei Zuwiderhandeln gegen das Gesetz sind im einzelnen differenziert, das Maximum der Geldstrafen ist von 600 Mark (Entwurf) auf 300 Mark herabgesetzt. Haft als Eventualstrafe nur für Veranstaltung von Versammlungen unter freiem Himmel oder von Aufzügen ohne die vorgeschriebene Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung sowie für unbefugtes bewaffnetes Eingreifen dabei in Aussicht genommen.

Wer alle diese Aenderungen prüft, wird zugeben, daß die Kommission den Entwurf, der als solcher schon auf liberalen Grundanschauungen aufgebaut war, in einer Reihe von Punkten noch freiheitlicher gestaltet hat und von einer Verschlechterung des Rechts in einzelnen Bundesstaaten ehrlicherweise nicht geredet werden kann. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch über den § 7 eine auch der Regierung genehme Fassung zwischen den Blockfraktionen sich noch vereinbaren läßt. Denn es muß offen zugegeben werden: das Interesse des Blocks am Zustandekommen des Gesetzes ist nicht kleiner als das der Regierung. N L C.

* * *

Wir waren bereits in der Lage, die Grundlagen des Kompromisses mitzuteilen, das zwischen Regierung und Blockparteien über die Regelung der Sprachenfrage im Reichsvereinsgesetz vereinbart worden ist. Der Wortlaut des hiernach neu zu fassenden § 7 ist erst in den gestrigen Mittagstunden festgestellt worden. Dem „Tag" zufolge lautet er folgendermaßen:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Die Vorschrift trifft nicht zu auf internationale Kongresse und Wahlversammlungen nach Bekanntmachung des Wahltermins. Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen soll die Landesgesetzgebung regeln, jedoch soll in den Landesteilen, in denen zurzeit des Inkrafttretens des Vereinsgesetzes alteingesessene Bevölkerungsteile mit nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsteile nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung 60 v. H. der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet sein, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens 72 Stunden vorher der Polizei davon Anzeige gemacht hat."

Die Fraktion der freisinnigen Volkspartei hat den Sprachenparagraphen in dieser Fassung bereits angenommen, und ihrem Beispiel dürften die freisinnige Vereinigung und die Süddeutsche Volkspartei heute nachmittag folgen. — Inzwischen ist jedoch eine neue Schwierigkeit aufgetaucht. Die Konservativen stellen ihre Forderungen nach Ausschluß der Jugendlichen unter 18 Jahren von politischen Vereinen und Versammlungen wieder auf. Die Nationalliberalen erklären hierzu, daß sie der Anregung zustimmen. Diese Angelegenheit sei nicht eine Sache politischer Prinzipien, sondern pädagogischer Erwägungen. Die Freisinnigen dagegen lehnen den Antrag ab und erklären das ganze Kompromiß über das Vereinsgesetz für gefährdet, wenn die Konservativen auf ihrer Forderung beharren.

Die Vereinsgesetz-Kommission begann gestern die zweite Lesung des Entwurfes und erledigte die §§ 1—6 nach den Anträgen der Blockparteien. § 1 erhält folgende Fassung: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetze und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt." Ein Zusatzantrag des Zentrums zu Gunsten der Ausländer wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Zu § 1a wird bestimmt, daß ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, aufgelöst werden kann. Die Auflösungsverfügung kann angefochten werden. Zu § 2 findet ebenfalls nur eine sehr kurze Diskussion statt. Er findet einstimmig (Sozialdemokraten und Polen enthalten sich der Abstimmung) Annahme. Danach muß jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), einen Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Sogenannte Wahlvereine gelten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung nicht als politische Vereine. Die §§ 3, 4a und 4b, welche die Anzeigepflicht öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel regeln, werden nach den Anträgen der Blockparteien angenommen, ebenso die §§ 5 und 6, betreffend die Leitung öffentlicher Versammlungen. Darauf vertagte sich die Kommission auf heute.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Kaiser konferierte gestern morgen mit dem Reichskanzler, hörte im Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und gewährte später dem Maler Schwarz eine Sitzung.

— Zum Polizeipräsidenten in Königsberg ist der bisherige Oberregierungsrat von Wehrs in Minden ernannt worden.

Zu dem Gesetzentwurf über die Arbeitskammern

haben die Handelskammern zu Elberfeld, Barmen, Lennep und Solingen an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, die zu folgenden Schlußfolgerungen kommt: „Wir sprechen uns mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern aus, wir lehnen insbesondere den vorliegenden, auch in seinen Einzelheiten größtenteils nicht brauchbaren Entwurf ab und befürworten mit Rücksicht darauf, daß eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter nach dem Willen der Regierung und des Reichstages geschaffen werden soll, die Errichtung von Arbeiterkammern."

Auch die Berliner Handelskammer hat sich in einer Resolution gegen den Gesetzentwurf über Arbeitskammern ausgesprochen. In der gleichen Resolution weist die Handelskammer auf eine Reihe von Punkten hin, die sie in einem Arbeitskammergesetz berücksichtigt zu sehen wünscht.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen für den Wahlkreis Teltow-Storkow-Beeskow-Charlottenburg hat in seiner Sitzung am Dienstag, den 17. März cr., beschlossen, dem gewesenen Oberst Gädke und Dr. Breitscheid die Kandidatur zum Landtag anzubieten.

Heer und Flotte.

— **Kaiserliche Marine.** „Bremen" ist am 16. März in Port au Prince und „Hamburg" am 17. März in Venedig eingetroffen.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom Mittwoch, den 18. März.

Die zweite Lesung des

Kolonialetats

wird fortgesetzt.

Staatssekretär **Dernburg:** Das ethische Programm der Kolonialverwaltung ist die Kolonisation, gleichgültig ob durch Plantagenbau oder Kleinsiedeleien, die Nutzbarmachung ihrer Schätze an Flora und Fauna zugunsten der kolonisierenden Nation; diese ist dafür zur Gegengabe der höheren Kultur verpflichtet. In Bezug auf die Arbeiterfrage läßt sich für sämtliche Schutzgebiete keine gemeinsame Formel aufstellen, da einzelne Kolonien tropisch und andere nichttropisch sind, in der einen sind nur schwarze Arbeiter vorhanden, in der andern sind auch Weiße tätig usw. Der Neger kauft wenig und verkauft noch weniger, er ist nur an kleine Quantitäten und Preise gewöhnt, wir gebrauchen daher einen bescheidenen Zwischenhändler. Einer Ueberschwemmung mit Indern würden wir schon vorbeugen. Wenn auch Ostafrika noch nicht hinreichend mit Kleinbauern und Siedlern besetzt ist, so können die Regierungen doch nicht zur Einwanderung animieren, weil sie dadurch eine Verantwortung übernehmen würden, die sie angesichts ihrer Tragweite nicht übernehmen könnten. In der Schulfrage habe ich telegraphisch die Eröffnung der Europäerschule in Daressalaam angeordnet. (Bravo!) In der Alkoholgesetzgebung wird Deutschland stets im Vordergrund der interessierten Mächte sein. Herr Dr. Arning warnte vor einer Ueberschätzung der Eingeborenenkulturen. Wir haben ein Land, das ausschließlich auf Eingeborenenkultur aufgebaut ist, das ist Togo. Keineswegs sollen die Plantagen unterdrückt werden, das Menschenmaterial reicht aber in Ostafrika nicht aus. Wenn Herr Dr. Arning ausrechnete, daß 90 Mill. Hektar 9600 Millionen bringen müssen, so gehören doch zu diesen 90 Mill. Hektar auch 90 Mill. Menschen, zu deren Unterhalt 13 500 Mill. Mark nötig sind. Also: Einnahmen 9600 Millionen, Ausgaben 13 500 Millionen, Fehlbetrag der Plantagenkultur 4500 Millionen. (Heiterkeit.) So könne man nicht rechnen. Die Negerkultur muß überwiegen, ein Land von dieser Größe kann ich nicht abhängig machen von der Lage des Weltmarktes. (Beifall.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir sind grundsätzliche Gegner jeder Kolonialpolitik. Der Redner macht dem Abg. v. Liebert zum Vorwurf, daß er als Gouverneur sich an einem Konsortium in Afrika beteiligt hat.

Abg. **v. Liebert** (Rp.) weist diese Vorwürfe zurück. Unser Volk sieht jetzt die Kolonien mit anderen Augen an als früher. Die Kolonien fangen aber auch an, sich zu entwickeln. Bedauerlich ist die Behandlung der Kolonien als Zollausland. Die wichtigsten Fragen sind die Eingeborenen- und Arbeiterfrage und die der Eisenbahn. Der Staatssekretär hat sich in der Eingeborenenfrage meinem Standpunkte immer mehr genähert. Es ist erfreulich, daß er den Pflanzern helfen will. Das wird in Ostafrika freudig begrüßt werden. Der Neger darf nicht überschätzt werden, er ist prinzipiell faul, und arbeitet nur zufällig. Die Hüttensteuer ist durchaus berechtigt und wirkt als Kulturmittel, indem sie dem Neger den Nutzen der Arbeit klarmacht. Wichtig ist auch die deutsche Besiedelung. Wir brauchen deutsche Ansiedler in Afrika. Hoffentlich wird der Staatssekretär den Ansiedelungen in Uhehe keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Wir müssen danach streben, eine deutsche Kolonie zu schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Der Staatssekretär bemerkte gestern, sein Standpunkt sei so selbstverständlich, daß es einen Widerspruch gar nicht geben könnte. Er wird gefunden haben, besonders aus der Rede des Vorredners, daß es Kreise gibt, die in manchen Dinger doch nicht seiner Meinung sind; das tritt weniger hier im Hause hervor, als draußen in einer gewissen Presse. Da ist von einer „sinnvollen Nationalpolitik" die Rede, die hinter sich eine etwas unsinnvolle Kolonialpolitik zu verbergen scheint. Der Staatssekretär hat in der Kommission erklärt, der nationale Standpunkt verstehe sich von selbst, den brauche man nicht bei jeder Gelegenheit zu betonen. Ganz unsere Meinung. Auch wir halten es für eine nationale Aufgabe, die Kolonien, die wir nicht preisgeben können, auszubauen, aber man hüte sich, das Wort national auf jede einzelne Maßnahme anzuwenden und denen, die anderer Meinung sind, Mangel an Nationalgefühl vorzuwerfen. (Beifall links.) Der Vorredner sagt, der Staatssekretär habe seine früheren Erklärungen immer mehr abgeschwächt; ich bin der Meinung und hoffe jedenfalls, daß seine Grundanschauungen erhalten bleiben. Der Zentrumsredner hat dem Staatssekretär in der Hauptsache zugestimmt. Auch Herr Ledebour schien Mühe zu haben, seine Zustimmung hinter marxistischen Phrasen zu verstecken. Auch der Konservative und der Nationalliberale waren in den Hauptpunkten einverstanden; Herr v. Richthofen sprach von einem kolonialpolitischen Wendepunkt, das Programm des Staatssekretärs scheine ihm richtig zu sein; und ähnlich äußerte sich schließlich auch Dr. Arning, trotz einiger Ausstellungen und Liebenswürdigkeiten. Das Programm des Staatssekretärs hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein verständnisvolles Echo gefunden; wenn auch einzelne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080319017/fragment/page=0001

Kreise sich vielleicht zurückziehen müssen, die eine Verletzung ihrer besonderen Interessen besorgen. Ich glaube, daß dafür andere Freunde einer zielbewußten und verständigen Kolonialpolitik gewonnen werden! Für die linksliberale Fraktionsgemeinschaft erkläre ich, daß wir bereit sind, das kolonialpolitische System des Staatssekretärs zu unterstützen unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die einzelnen Maßregeln, die vorgeschlagen sind, sachlich berechtigt und nach unserer Ueberzeugung durchführbar sind. Wir haben die Kolonialpolitik niemals grundsätzlich bekämpft, sondern das falsche System, falsche Verwaltungsmaßnahmen, unfruchtbare Projektenmacherei. Zum ersten mal tritt der Leiter der Kolonialpolitik vor das Haus mit einem bestimmten Programm, mit einem einheitlichen Willen. Eine Verminderung der Reibungsflächen will er. Das ist der springende Punkt, das erste Erfordernis, daß ein richtiges Gleichgewicht hergestellt wird zwischen den Aufwendungen des Reiches und dem Nutzen des Schutzgebietes. Das Ziel des Staatssekretärs ist durchaus zu billigen: die Kolonien sollen sich finanziell auf eigene Füße stellen und des Reichszuschusses schließlich entbehren können. Eine Besserung ist überall erfolgt. Der Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, hat hier einmal Samoa eine Perle genannt, die hoffentlich in Gold gefaßt werden würde. Da lobe ich mir gegenüber dieser Perlentheorie doch die Zechtheorie des Gouverneurs von Togo, der sicher stolz darauf ist, was er mit Togo geleistet hat.

Auch den Grundzügen zur Reform der Verwaltung stimmen wir bei: wirtschaftliche Vorbildung, Kenntnis von Land und Leuten und der wirtschaftlichen Zustände. Wie oft haben wir, die Mängel in der Ausbildung des Verwaltungspersonals kritisiert! Im vorigen Jahre glaubte man, der Staatssekretär, der es doch als Kaufmann geworden ist, sei für den Assessorismus. Er hat es für ein Mißverständnis erklärt: es solle kein Unterschied gemacht werden zwischen Juristen, Kaufleuten und Technikern. Auch wir sagen: es kommt nicht darauf an, daß mehr oder weniger Kaufleute in der Verwaltung sind, als auf den kaufmännischen Geist. (Beifall links.) In der Eingeborenenfrage ist man doch nicht, wie der Staatssekretär meint, einig. Wir haben alle Veranlassung, den Staatssekretär zu unterstützen. Wir können nur wünschen, daß der Vergleich des Negers mit dem Berliner zutrifft; in Berlin wird genug gearbeitet. Die Pflanzer wollen mit Hilfe der Reichsgewalt eine Art Hörigkeit herstellen. Dagegen erheben wir scharfen Protest. Die Selbstbestimmung der Eingeborenen darf nicht unterbunden werden. Gerade hierin besteht der Unterschied zwischen dem alten und neuen System. Wir haben nichts gegen die Tätigkeit der Mission, wohl aber gegen ihre einseitige Begünstigung und gegen eine Unterstützung aus Staatsmitteln. Das wird sich auch in der Schulfrage zeigen. (Zustimmung.)

Unsere Stellung zu den Bahnprojekten müssen wir uns vorbehalten nach der näheren Prüfung in der Kommission. Wir haben früher Kolonialbahnen wiederholt bekämpfen müssen, weil wir nicht überzeugt waren, daß die Aufwendungen im Verhältnis zur Rentabilität standen. Selbstverständlich sind wir als Verkehrsfreunde nicht grundsätzlich gegen Bahnen in Kolonien. Aber mit dem bloßen Schlagwort: In den Kolonien müssen Bahnen gebaut werden, kommt man nicht vorwärts. Der Staatssekretär erklärt, die Bahnprojekte würden ohne Präjudiz für die Reichsfinanzen sein. Das wollen wir eben in der Kommission prüfen. Mir scheint seine Begründung doch etwas zu optimistisch und ohne die notwendigen sicheren Grundlagen zu sein. Eine Reduzierung der Truppe in Südwestafrika ist notwendig auch ohne den Bahnbau. Unsere Stellung wird abhängen von der Gesamtpolitik des Reiches im Zusammenhang mit der Kolonialpolitik. Wir sind gewillt, positiv mitzuarbeiten, um die Kolonialpolitik aus der Misere herauszubringen, aber nicht gewillt, mit der jetzigen Leitung der Kolonialverwaltung etwa durch dick und dünn zu gehen. (Beifall links.)

Staatssekretär **Dernburg**: Wir wollen die Schwarzen zu tüchtigen brauchbaren Arbeitern in ihrem eigenen Interesse erziehen. Die Farmer und Pflanzer stehen auf dem Standpunkt, die Regierung müsse ihnen Arbeiter verschaffen. Das steht nirgends geschrieben. Wir können keine Mittel ergreifen, um den Farmern Arbeiter zu besorgen. Was die Frage der Ansiedler anbetrifft, so kann ich dem Abg. v. Liebert nicht bestimmen. Ich werde die Leute unterstützen, aber ich muß sie auch zugleich warnen. Die Aufrechterhaltung der Prügelstrafe ist notwendig. Die Eingeborenen müssen nach anderem Recht beurteilt werden, als die Weißen. Sie nehmen lieber Prügel hin, als daß sie Ketten tragen. Den Hereros in Südwestafrika sind die Reservate entzogen worden, weil sie auf ihnen verhungern würden. Daß die Pflanzer unzufrieden sind, ist nichts neues. In Afrika droht jeder, dem es sonst nicht paßt, gleich immer mit dem Weggange.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.): Es ist erfreulich, daß uns endlich ein klares kolonialpolitisches Programm vorgelegt ist, und daß das Verständnis für die Kolonien wächst. Erfreulich ist, daß die Eisenbahnen in den Kolonien in den Händen des Fiskus bleiben sollen. Eine Rassenjustiz ist in Afrika notwendig. Die Indergefahr wird von der Regierung anscheinend unterschätzt.

Abg. **Schrader** (frs. Vgg.): Wir sind bereit, die Kolonialpolitik, die jetzt getrieben wird, und den Mann, der sie trägt, nach Kräften zu unterstützen. Wir haben noch viel Versäumnisse der Vergangenheit gut zu machen. Die Ansiedler müssen sich bewußt sein, daß sie Deutschland draußen repräsentieren, und daß die Schutzgebiete nicht Ausbeutungsgebiete sind. Die Arbeiter sollen keine Arbeitstiere sein. Mit Recht legt der Staatssekretär großen Wert auf den Bau der Eisenbahnen. Aufstände und andere Schwierigkeiten vermeiden wir am besten durch gerechte Behandlung der Eingeborenen.

Abg. **Werner** (Ref.-P.): Der Staatssekretär ist immer noch sehr optimistisch. So rasch, wie er es sich denkt, wird sich die Entwickelung der Kolonien nicht vollziehen. Es bleibt für ihn noch viel zu tun übrig.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom Mittwoch, 18. März.

Das Haus setzte die dritte Etatsberatung beim Etat des Ministeriums des Innern fort.

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) bemerkt im Anschluß an die gestrige Rede des Abg. v. Arnim, er hoffe, daß die Polizei am heutigen 18 März nicht nötig haben werde, bewaffnet einzuschreiten. Auch seine Freunde seien für Reform des Wahlrechts, aber sie wollten sie nicht durch Gewalt, sondern durch die Stimmzettel erreichen. Man solle aber das Volk nicht erbittern, indem man sich jeder Reform verschließt, die Beseitigung der öffentlichen Wahl und die Neueinteilung der Wahlkreise ablehnt. Die Sozialdemokratie habe kein Recht, das Jahr 1848 für sich in Anspruch zu nehmen. Die Bewegung sei damals eine bürgerliche gewesen zur Bekämpfung des absolutistischen Staates und zur Erlangung der Konstitution. Auf den Streit, ob man dieser Bewegung die Verfassung verdankt, brauche nicht eingegangen zu werden, tatsächlich verdanke man der 48er Bewegung die Verfassung, die die Möglichkeit geschaffen habe, hier zu tagen. Und an diesem Rechte dürfe von keiner Seite gerüttelt werden. Auch dem Thron habe die Verfassung erst die richtige Festigkeit gegeben. Der Thron sei am besten gesichert, wenn er aufgebaut sei auf einem Volke, das die Freiheit genieße, die es haben müsse. Zum Schluß bringt Redner dann Beschwerde vor über die Praxis, die die Behörden bei Bestätigung von Erbschaften üben, die an Korporationen fallen, besonders über den Fall der Erbschaft von 20 000 Mark, die an die freireligiöse Gemeinde in Breslau gefallen ist.

Minister **v. Moltke** geht auf den Breslauer Fall ein. Die freireligiösen Gemeinden hätten in Preußen kein Korporationsrecht, sie hätten sich ihren Wohnsitz außerhalb Preußens, in Hessen, gewählt. Das sei eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Verwaltung nicht mitmachen könne. Infolgedessen seien Zuwendungen an solche Gemeinden in konstanter Praxis abgelehnt worden. Im übrigen widerspricht der Minister der Ansicht, daß die hierauf bezügliche Kabinettsorder von 1834 zu scharf angewendet werde.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.) bespricht noch einmal den Fall des Labiauer Kreisblatts. (Es war die Aufnahme von Wahlannoncen verweigert worden.)

Abg. **Reinecke** (frk.) verteidigt die Landräte, auch gegen die Angriffe des Abg. Müller-Berlin in der zweiten Lesung.

Abg. **Münsterberg** (frs. Vgg.) verwahrt seine Freunde dagegen, daß sie einseitig Stellung gegen die Landräte nähmen.

Abg. **v. Kessel** (kons.) wünscht eine Novelle zum Kreisabgabengesetz.

Ein **Regierungsvertreter** erklärt die Erfüllung der besonderen Forderung des Vorredners nicht für angängig.

Abg. **Kirsch** (Ztr.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Quehl** (t.) tritt den Behauptungen des Abg. Fischbeck über die Grüneberger Jagdverpachtung entgegen. Abg. Dr. Müller-Berlin habe kürzlich gesagt, die Bauern vor den Toren Glogaus wanderten aus wegen des Wildschadens, den das Hochwild des Herzogs Ernst Günther dort anrichte. Der Herzog habe ihm, dem Redner, nun geschrieben, das Wild sei völlig eingegattert, könne also keinen Schaden anrichten. Ein schlesischer Landwirt, der eine Entschädigung für Wildschaden nicht erhalten konnte, habe sich an einen prominenten Herrn in der Freisinnigen Volkspartei gewandt, der habe darauf dem Landwirt die Entschädigung aus eigener Tasche bezahlt. Das heiße doch, die Bevölkerungsschichten gegeneinander verhetzen! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Präsident **v. Kröcher**: Haben Sie den Vorwurf der Verhetzung einem Abgeordneten gemacht?

Abg. **Quehl**: Ich glaube nicht. (Heiterkeit.) Sollte ich es aber getan haben, so bin ich bereit, den Ausdruck zurücknehmen. (Zuruf links: Schießen!) Der Redner beschwert sich dann über freisinnige Preßangriffe gegen ihn und bezeichnet einen solchen als schändlich und unfair. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen eine Reihe teilweise recht erregter persönlicher Bemerkungen der Abgeordneten Quehl (k.), Müller-Berlin (Frs. Vp.), Reinicke-Sagan (fk.), Fischbeck (Frs. Vp.) und Goldschmidt (Frs. Vp.). Der Präsident findet reichlich Veranlassung, die Redner zu unterbrechen, da die meisten Ausführungen aus dem Rahmen einer persönlichen Bemerkung herausfallen.

Es folgt die dritte Lesung des Etats der Domänen- und der Gestütsverwaltung. Beide Etats werden ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung führt Abg. **Kölle** (b. k. P.) erneut Beschwerde über die Schädigung der Anlieger der Innerste durch die Abwässer der fiskalischen Gruben des Oberharzes.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. v. Campe (nl.), Kölle (b. k. P.) und Dr. Voltz (nl.) beteiligen, wird der Etat genehmigt.

Beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung bespricht Abg. Dr. **v. Böttinger** ausführlich die Patentabkommen mit anderen Ländern.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.) tritt für möglichste Ausbreitung der Meisterkurse ein.

Abg. **Meyer-Diepholz** (nl.) bittet um Aufhebung des Erlasses, daß der obligatorische Fortbildungsschulunterricht nicht in den Abendstunden erteilt werden darf.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung bemängelt

Abg. **Brütt** (fk.) die Eisenbahnverhältnisse in Rendsburg.

Abg. **Gleim** (nl.) fordert Erweiterung des Bahnhofes Fritzlar, Dr. **Iderkoff** (frk.) weitere weitere Ausgestaltung des Bahnhofes Emden.

Abg. Dr. **Eickhoff** (Frs. Vp.) regt an, die Verwaltungsingenieure auch eine Zeitlang bei den Staatseisenbahnen zu beschäftigen.

Minister **Breitenbach** erhebt hierzegen praktische Bedenken.

Abg. **Metzer** (nl.) meint, daß bei den Sonntagsfahrkarten die Stadtbewohner zurzeit bevorzugt werden.

Abg. **Trimborn** (Ztr.) fordert strenge Innehaltung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe für die Eisenbahnarbeiter in den Werkstätten.

Abg. **Kölle** (b. k. P.) bemängelt die Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhofe Goslar.

Abg **Just** (nl.) fordert Entwässerungsanlagen zur Erleichterung von Bahnarbeiten am Bahnhof Harburg.

Abg. **Dahlem** (Ztr.) bittet den Minister, den Beamten jede das Handwerk schädigende Spekulationstätigkeit zu verbieten.

Abg Dr. **Müller-Berlin** (Frs. Vp.) bespricht die Gefahren des Automobilverkehrs. Die vorhandenen Verordnungen für den Automobilverkehr würden nicht befolgt. Die Schutzleute fürchten „oben" schlecht angeschrieben zu werden, wenn sie gegen die Ausschreitungen des Automobilismus vorgehen.

Abg Dr. **Dahlem** (Ztr.) spricht ebenfalls gegen die Rücksichtslosigkeit der Automobilisten. Schließlich werde man den alten Schlagbaum wieder einführen.

Die Abgg. **Kirsch** (Ztr.), Dr. **v. Woyna** (frk.), **Heckenroth** (t.) und Dr. **Wagner** (frk.) bringen Lokalwünsche vor.

Abg. D **Iderhoff** (t.) greift den Abg. Fürbringer (nl.) wegen seiner Haltung zur Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter beim Emdener Hafenbau an.

Abg. Dr. **v. Campe** (nl.) verteidigt seinen Fraktionskollegen Dr. Fürbringer.

Abg. **Hendweiler** (nl.) rügt ebenfalls die Ausschreitungen der Automobilisten.

Der Etat wird bewilligt; ebenso eine Reihe kleiner Etats.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr: Rest des Etats. Anträge.

Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Der Fall Wahrmund.

Der Budgetausschuß der österreichischen Abgeordneten in Wien setzte die Verhandlung des Budgets des Innern fort. Abg. Conci wies die gestrigen Vorwürfe des Abg. Seitz gegen den päpstlichen Nuntius entschieden zurück und betonte, von einer unbefugten Einmischung könne nicht gesprochen werden. Der Heilige Stuhl besitze keine territoriale, wohl aber eine moralische und religiöse Einflußsphäre, die sich auf die gesamte katholische Welt erstrecke. Deshalb müsse es bei Verletzung des religiösen Interesses einem Vertreter des Heiligen Stuhles gestattet werden, Einspruch zu erheben.

Der neueste Zwischenfall in Marokko.

Das Lösegeld für die von Räubern gefangen gehaltenen Europäer Paret und Bianchi ist in der Lokalbank in Casablanca eingetroffen.

Duell Fock-Smirnow.

Gestern morgen hat in Petersburg das angekündigte Duell zwischen den russischen Generälen Fock und Smirnow, den Mitangeklagten Stössels im Port Arthur-Prozeß, stattgefunden. General Smirnow erlitt eine schwere Verwundung.

Die Revolution auf Haiti.

Aus Port-au-Prince wird dem „Tag" zufolge depeschiert. Zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem Kreuzer „Bremen" wurde vereinbart, daß im Falle neuer Unruhen auf ein Raketensignal der Gesandtschaft zweihundert Matrosen landen sollen. Die in der deutschen Gesandtschaft geborgenen Flüchtlinge dürften im Laufe des Tages an Bord der „Bremen" gebracht werden. Auf dem Wege von der deutschen Gesandtschaft zur „Bremen" wurden einem Gesandtschaftsbeamten von einem haitianischen General Vorwürfe gemacht, daß die „Bremen" überhaupt erschienen sei und obendrein 24 Stunden früher, als sie erwartet wurde. Der Beamte erwiderte, die haitianische Regierung habe durch ihre Uebergriffe die Intervention der Mächte notwendig gemacht. Der General begab sich hierauf zum Präsidenten Nord Alexis, der mit den vom Kriegsminister aus Gonaives nach Port-au-Prince berufenen Truppen den höchsten Punkt der Umgegend, das Nationalfort, besetzen ließ.

* * *

Wie dem „B. T." zufolge aus Port-au-Prince gemeldet wird, wurde am Montag abend der Sekretär der deutschen Gesandtschaft Hofrat Hertzberg von einer Menge erregter Neger, die Drohungen gegen ihn ausstieß, umzingelt. Herr Hertzberg, der auf dem Wege nach dem Kai war, um an Bord des englischen Kreuzers „Indefatigable" einen Besuch abzustatten, hatte große Mühe, sich der Angreifer zu erwehren; doch gelang es ihm schließlich, durch energische Haltung gegenüber dem feigen Haufen das Schiff zu erreichen. Die deutsche Gesandtschaft rechnet ebenso wie die übrigen fremden Vertretungen noch immer mit einem Angriff der Haitianer.

Keine neue Aktion Frankreichs in Marokko.

Die „Gaulois"-Meldung, daß das Kabinett Clemenceau den Mächten die Notwendigkeit nahelegen wolle, Frankreich über die Algecirasakte hinausreichende Zugeständnisse in Marokko zu machen, wird dem „Tag" zufolge vom „Matin" für unzutreffend erklärt. Demnach beabsichtige Frankreich weder eine neue Marokko-Konferenz einzuberufen, noch dem Haager Schiedsgericht die Frage vorzulegen, ob die in Marokko seitens der Republik gebrachten Opfer einen bestimmten Gebietszuwachs für Frankreich rechtfertigen. Das Dementi des „Matin" stammt aus dem Ministerium des Auswärtigen, wo man keine Neigung empfindet, vor den anfangs April beginnenden sechswöchigen Osterferien das Parlament mit einer Angelegenheit von solcher Tragweite zu befassen.

23. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

(Von unserem Spezialkorrespondenten.)

s. **Merseburg**, den 18. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung ¼1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht heute als letzter Punkt die wichtigste Vorlage der ganzen Sitzungsperiode, der einjährige Etat. Der Antrag, vom 1. April ab eine einjährige Etatsperiode einzuführen, ist eingebracht vom Abg. von Jagow und hat eine starke Unterstützung gefunden durch die Abgg. Frantz, Mey, von Dönnichen, Pape, von Christen, Voigt, von Krieger, Beck, Schaumburg, Trenckmann, Kraatz, Rampoldt, Keum, Dippe, Kersten, Schultze, Schulze, Oppé, Baecker, Wagner, Klemm, von Krosigk-Halle, von Helldorf-Querfurt und Faber. Eingegangen sind eine Petition des Pastor Fliedner in Zipsendorf, die als ungeeignet verworfen wurde.

Zu Beginn der Tagesordnung erstattete Abg. Trenckmann Bericht über die Rechnungen der Provinzialfeuersozietät für 1905/06. Die Ueberschüsse betragen 501 000 Mark und 544 000 Mark, so daß der Reservefonds sich auf 7½ Millionen beläuft. Der Verwaltungsbericht zeigt eine Zunahme an Einnahmen für Versicherungen von 61 Millionen und 63 Millionen Mark.

Bericht über die Rechnungen der Landfeuersozietät des Herzogtums für 1905/06 erstattet Abg. von Wedel. Die Versicherungssummen betragen rund 1 Milliarde und 295 tausend Mark. Der Reservefonds stellt sich auf 7 645 134,22 Mark. Für öffentliche Zwecke wurden rund 60 000 Mark verausgabt. Es wird beiden Berichten Entlastung erteilt.

Abg. Fürst Stolberg-Wernigerode berichtet über die Ersatzwahlen zum Landtag im Reg.-Bez. Magdeburg. Es sind gewählt die Abgg. Schmelz, Gerhard, v. Bismarck-Stendal, v. Kotze, Lentze. Abg. von Bülow berichtet über die Ersatzwahlen im Reg.-Bez. Merseburg. Es sind gewählt u. a. die Abgg. Rive, Föhring. Im Reg.-Bez. Erfurt hat nach Bericht des Abg. Gerhardt nur eine Ersatzwahl stattgefunden.

Abg. von Wedel berichtet über die Hauptrechnungen der Magdeburgischen Landfeuersozietät für 1905/06. Die Einnahmen betrugen über 3 Millionen, die Ausgaben über 2 Millionen Mark. Ueberschuß rund 960 000 Mark. Reservefonds 8 693 331,32 Mark und die Summe der gesamten Versicherungen an zwei Milliarden Mark.

Abg. von Jagow knüpft an die auf dem vorigen Landtag vorgeschlagene und verhandelte Fusion der beiden Landfeuersozietäten an und fragt, was daraus geworden ist. Weshalb teilt denn eigentlich die Magd. Landfeuersozietät ihren Rechnungsbericht dem Landtag noch mit.

Der Präsident verweist den Redner unter dem Beifall des Hauses auf den Verwaltungsbericht. Die bezügliche Stelle wird vom Schriftführer Abg. Gerhard verlesen. Sie gibt eine kurze Darstellung der Lage der Sache seit dem letzten Landtage. Die Verhandlungen haben zu keiner Einigung geführt und sind abgebrochen mit Rücksicht auf das angekündigte Feuersozietätsgesetz.

Abg. von Püschel berichtet über die Wahl des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080319017/fragment/page=0002

Generaldirektors der Magdeb. Landfeuersozietät. Es ist der frühere Magdeb. Regierungspräsident von Arnstedt gewählt. Das Haus erklärt seine Zustimmung.

Abg. Knobloch berichtet über den Ausgabeetat der Landfeuersozietät des Herzogtums Sachsen. Es sind rund 84 000 Mark Mehrausgaben vorhanden. Der Etat für Ausgaben wird auf rund 364 000 Mark festgestellt.

Ueber den Ausgabeetat der provinzialständischen Feuersozietätskasse zu Merseburg erstattet für 1908—1911 Abg. Kubale Bericht.

Abg. Jaensch-Magdeburg erstattet Bericht über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Magdeburger Freitische für 1905/06. Die Einnahmen betragen 6090.34 Mark und 5851 Mark, die bis auf geringes verausgabt sind.

Zum letzten, wichtigsten Punkte, den einjährigen Etat bett. ergreift Abg. Frantz zur Begründung des Antrages das Wort. Man könnte meinen, es handele sich um Beseitigung einer bestehenden Einrichtung. Die sich daraus ergebenden Bedenken würden noch dadurch verstärkt, daß es sich um eine jahrzehntelange Einrichtung handele. Aber es solle nur etwas hervorgeholt werden, was jahrelang unter Aktenstaub und Asche begraben sei. Das Gesetz bestimmt, daß der Landtag in erster Linie Träger der Einrichtungen der Provinzialverwaltung sei, die er aber vielfach an den Provinzialausschuß abgetreten habe. Selbstverwaltung im weitesten Umfange wolle er, wie sie bisher nicht Brauch in unserer Provinz sei. Die Praktiker wüßten, wie die Selbstverwaltung eine frische, befruchtende Quelle sei. Es läge nahe, diese Vorzüge auch der Provinzialverwaltung angedeihen zu lassen. Er enthalte sich aller Kritik und sei voll Anerkennung gegenüber dem bisherigen hervorragend tüchtigen Verwaltungskörper.. Man könne ja sagen, der Landtag habe doch durch den Provinzialausschuß die Selbstverwaltung. Aber der könne doch nur bringen, was der Landtag ihm gibt. Der Landtag sei aus der Funktion ausgeschaltet und der Ausschuß sei der maßgebende Faktor. Man sage wohl, die Gefahr sei groß, Bestehendes beiseite zu schieben; es komme Unruhe in die Verwaltung. Aber man müsse für Bestehendes das Bessere einsetzen. Man brauche ja nur auf die anderen Provinzen verweisen und auf Städte wie Magdeburg und Halle, die ja auch, wenigstens Magdeburg, einen noch größeren Etat hätten. Den einjährigen Landtag, so heißt es, werde man mit Anträgen überschütten. Das dürfte doch abzuwarten sein. Endlich sage man, der Antrag werde der Provinz große, riesige Kosten verursachen. Gewiß, Mehrkosten würde es geben, aber dafür sei der Nutzen auch größer. Sicher sei ja, daß der Landtag doppelte Aufwände brauche. Das seien im wesentlichen doch Gründe und Gegengründe. Schließlich sei die Provinz ein Konglomerat einer ganzen Reihe früherer größerer und kleinerer Gemeinden. Durch den Landtag sei erst ein Mittelpunkt geschaffen (Heiterkeit). Durch den alljährlichen Landtag würde das Zusammengehen noch inniger sein. (Beifall.)

Auf Mehrheitsbeschluß hin wird in die Debatte über den Antrag eingetreten.

Abg. von Jagow (mit Gelächter von den Gegnern der Vorlage empfangen) will auch seinen „alten Herzenswunsch", die einjährige Etatsperiode unterstützen. Er meint, das diesmal nur der Etat für 1908 festgestellt werde, weil man ja demnächst einem neuen Herrn aus dem Ei helfen müsse. (Heiterkeit.) Darauf 1909 und 1910 wieder einen Etat. Dann weiß jeder, wie die Sache fortan gehen wird, wenn es einmal beschlossen und erprobt ist. Er rate zur Annahme. Nachher könne man ja seinetwegen die auch gesetzlich erlaubte zehnjährige Etatsperiode beschließen. (Heiterkeit.)

Abg. Wadehn erklärt sich gegen den Antrag. Der Landtag ist Parlament, nicht Selbstverwaltung. Der Landtag könne keine Befugnisse mehr hinzubekommen. Die Einrichtung zweijähriger Etats habe sich sehr bewährt. Vielleicht wäre sie auch für Reichstag und Landtag vorteilhafter. (Widerspruch.) Kaum sei der Etat fertig, so beginne dann die Sorge um den neuen schon. Die Lokalverwaltung mit ihren täglichen Bedürfnissen unterscheidet sich außerordentlich von der Provinzialverwaltung mit ihren ständigen, nicht schleunigen Bedürfnissen, wie Wegebau usw. Städten und Landkreisen wird mit dem Antrag nicht geholfen. Die Verwaltung aber, um die es sich hauptsächlich handele, brauche Ruhe. Was kein dringendes Bedürfnis sei, solle man nicht tun, und ein dringendes Bedürfnis zum einjährigen Etat läge doch nicht vor. In anderen Ländern, in Frankreich z. B., sei etwa alle halbe Jahre ein Parlament der Land- und Stadtgemeinden auf mehrere Tage. In unseren Tagen der Demokratisierung glaube man im Besitze möglichst vieler Rechte ein Glück zu besitzen. Der Landtag bekomme auch nicht ein einziges Recht mehr. Gerade durch die Uebertragungsmöglichkeit von einem Jahre zum anderen werde die wirtschaftliche Sparsamkeit verringert. Der Provinzialausschuß habe auch noch keinen Anlaß zur Ausübung eines in diesem Antrage liegenden Kontrollrechtes gegeben. Im Gegenteil, er habe das volle Vertrauen gerechtfertigt. Erwünscht wäre vielleicht, wenn der Landtag öfter zusammenkäme und besonders mit der Provinzialverwaltung Fühlung nehmen könne, zum Beispiel bei Vorlagen wie der Gehältererhöhung. Auch in anderen Bedürfnisfragen sei es erwünscht. Der Antrag aber möge abgelehnt werden.

Den Vorsitz führt der zweite Vorsitzende Abg. Schneider-Magdeburg.

Abg. Exzellenz Graf Wartensleben, als einer der ältesten Mitglieder des Landtages, der von Anfang an im Landtage mitgearbeitet hat, besonders am Etat, verweist auf das Gesetz und beruft sich auf eine Zusammenstellung, wie oft der Landtag alle Jahre oder öfter in einem Jahre einberufen ist. Man solle sich nicht festlegen auf eine einjährige Etatsperiode. Eine zwingende Notwendigkeit müsse vorliegen. (Bravo!) Der Vorredner habe schon auf die Selbstverwaltungsfrage hingewiesen. Er bitte um Nachweis zwingender Gründe, wenn man vom bestehenden Alten abgehen solle. Oktober 1877 sei der Plan zum ersten Male angeregt, aber aus sachlichen Gründen, mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeit der Landesdirektion, wieder verworfen worden. Und wie gering sei der Etat von damals gegen heute, wo die Arbeit eine zehnfach so große sein würde. Es würde dem Landtag selbst etwa 12 500 Mark kosten, außerdem sei auch eine Vermehrung des Beamtenkörpers dann notwendig, so daß etwa 18 000 Mark erforderlich sein würden. Beweisen Sie mir, daß eine Notwendigkeit zu diesen Ausgaben für die Provinz vorliegt, deren so viele andere Ausgaben harren! Daß außerordentliche Landtage nötig sind, wird auch die Zukunft lehren, z. B. in der Beamtenbesoldungsfrage. Er bitte dringend, den Antrag abzulehnen und rate, ihn an die Etatskommission abzugeben. (Bravo.)

Der Oberpräsident wendet sich gegen die Begründung des Antrages und vermißt auch eine wirkliche Angabe von Gründen. Das öftere Zusammenkommen sei auch ohne einjährige Etatsperiode möglich. Er erklärt ganz feierlich und offen, einen wohlbegründeten Antrag zur Einberufung eines außerordentlichen Landtages beim Könige zu befürworten. Durch den Antrag werde der Verwaltungsapparat nur vergrößert und verteuert. Dem Zuge der modernen Zeit folgend, müsse man den Antrag ablehnen.

Auch Abg. Dr. Schmidt spricht sich gegen den Antrag aus und sucht die von den Antragstellern vorgebrachten Gründe zu widerlegen. Eine so enge Verbindung wie zwischen Magistrat und Stadtverordneten könne zwischen Landtag und Provinzialausschuß nie geschaffen werden. Vielen Abgeordneten sei es ein großes Opfer, alle zwei Jahre in Merseburg zusammen zu kommen, denn gerade um diese Zeit habe man in den Städten große Arbeit mit den eigenen Etats.

Abg. Dr. Rive: Auf Abschaffung des Parlamentarismus überhaupt käme man schließlich noch einmal, wenn man auf dem beschrittenen Wege weiter gehe. Mir persönlich, meine Herren, wäre manchmal wohl, wenn ich meine Stadtverordneten statt alle Woche nur alle zwei Jahre einmal sehen würde. (Beifall und Heiterkeit.) Aber das hätte sachlich schwere Schäden, und die Provinz ähnelt doch sehr dem Stadtkörper bezüglich der Verwaltung. Es ist auch eine schwere Gefahr, sich nur alle zwei Jahre intensiv mit der Provinz zu beschäftigen; je öfter, je reger würde das Interesse sein. Die Nachprüfung der Etatspositionen alle Jahre sei sehr vorteilhaft, schaffe größere Belehrung. Die Beschlüsse des Landtages müßten ziemlich erwogen werden, und bei der zweijährigen Periode würden uns die Sachen fremd. Aber das ist das Wesen der Selbstverwaltung, daß die Beamten, die im Ehrenamt die Verwaltung führen, vertraut mit der Verwaltung sind. Für den Staat wäre die zweijährige Periode in den großen Parlamenten eine noch größere Gefahr. Im Reiche sei es ebenso. Das Interesse sei ungenügend rege. Zu dem verfassungs- und verpflichtungsmäßigen Interesse komme man ja nicht. Was die Kosten anlange, so müsse die Sache gemacht werden, wenn sie gut sei, und wenn sie 18 000 Mark koste. Was sei das bei 9 Millionen. Mehr Beamte seien auch nicht nötig. In den Städten mache man den Etat neben der laufenden Arbeit. Wenn die Beamten mehr Gehalt bekommen, werden sie sich auch nicht weigern, mehr zu arbeiten. (Beifall.) Die Unsicherheit infolge des zweijährigen Etats sei eine schwere wirtschaftliche Gefahr. Gegen den Provinzialausschuß spreche man mit dem Antrag kein Mißtrauen aus, wie es beinahe aussehe. Es scheine bei den Gegnern, als wolle man den Landtag fernhalten. Graf Wartensleben, der Vorsitzende des Provinzialausschusses, sehe den Landtag wohl gar nicht mal gerne öfter als alle zwei Jahre bei sich. (Heiterkeit.) Redner riet eingehende Erwägung und Annahme des Antrages. (Bravo.)

Abg. Dr. Lentze-Magdeburg gibt zu, daß der Antrag ohne Frage etwas sehr Bestechendes habe. Aber es sprächen wichtige Gründe dagegen. In den Städten wären andere Verhältnisse und ganz andere Arbeitsgebiete als in der Provinz. Die Etatsberatungen seien dort der Regulator für das Notwendige. Es würden sehr viele Wünsche geäußert. Aber das letztere würde dann auf dem Landtage auch so kommen. Man könne sich der Anträge nicht erwehren. Man sehe nur auf das Reich und den Staat. Er warne daher dringend vor der einjährigen Etatsperiode. Der Provinzialausschuß habe sich auch sehr gut eingearbeitet, so daß der Landtag vollständig geborgen ist.

Abg. Dr. Contag spricht zur Selbstverwaltung. Er verstehe nicht, wie man den Landtag ganz als Organ derselben ausschalten wolle. Als Grund gegen den Antrag sei die Sparsamkeit angeführt. Redner stehe gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Gerade beim zweijährigen Etat gebe man gewöhnlich mehr aus. (Zustimmung.) Auch die Kosten für den einjährigen Etat seien zu hoch veranschlagt. Wenn der Landtag doch so wie so als außerordentlicher Landtag alle Jahre einberufen werde, komme doch diese Summe auch in Anrechnung. Man müsse nicht Gründe für die einjährige, sondern solche gegen die zweijährige Periode beibringen. Ganz bestimmt werde sich bei ersterer das Interesse mehren. Wenn man sich umsehe, so sehe man, daß alle Provinzen mit Ausnahme von zwei den einjährigen Etat haben. Auch in unserer Provinz werde man viel Zustimmung finden. Die gesellschaftlichen Verpflichtungen anläßlich des Landtages könnten dann auch zur Erleichterung des einzelnen eingeschränkt werden.

Abg. Graf Huede Grais ist ein Freund der zweijährigen Etatsperiode in ihrer bewährten Ruhe und Stetigkeit des Verlaufes trotz der ständig sich erhöhenden Anforderungen. Eine Reihe von Staaten hätten zwei- und mehrjährige Perioden. (Zustimmung.)

Abg. Graf v. Wartensleben verteidigt sich gegen den Vorwurf des Abg. Dr. Rive, der ein lebhafteres Interesse mit alljährlicher Etatsperiode verbunden weiß. Redner wirft unter beifälligem Lachen des Hauses Streiflichter auf das in ganz verschiedener Weise sich betätigende Interesse der Abgeordneten. Er sehe die Herrn nicht bloß alle zwei Jahre gern hier. „Meine Herrn, wenn ich könnte, möchte ich jeden von Ihnen an meine Brust drücken!" (Stürmische Heiterkeit.) Redner reckt die ausgestreckten Arme gegen das Haus.

Schlußrufe werden laut.

Abg. Trenckmann befürwortet den Antrag vom Gesichtspunkte seiner Erfahrungen in der Etatskommission aus. Bei der gegenseitigen Aussprache komme sehr viel Nützliches heraus, darum müsse man alle Jahre zur Etatsberatung zusammenkommen.

Abg. Dr. Rive geht noch einmal auf das mangelnde Interesse der Abgeordneten bei zweijährigen Verhandlungen ein, wie es Graf Wartensleben schon hervorhob. Er könne es nicht fassen, wie Männer, die in freier Selbstverwaltung stehen, dem Antrage widersprechen können. Wie möchte das eine Volksvertretung überhaupt tun. Daß die Verwaltung so „stetig und ruhig" sei, läge am Landtag; er kümmert sich nicht darum. Stoße bei der Beratung ein Punkt auf Schwierigkeiten, so sei bei einjähriger Beratung raschere Aufklärung möglich. So sei ein „Durchjagen" der Arbeiten des Landtages zu befürchten.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird stark unterstützt.

Abg. Frantz als Antragsteller geht auf die voraufgegangene große Debatte ein, widerlegt nochmals die Gegengründe und befürwortet die Gründe für den Antrag. Die „Ruhe des Kirchhofs" wolle er nicht, Unruhe sei der gesunde Fortschritt auch in den Etatsberatungen.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Schneider schließt die 2. Beratung des Antrages unter Zustimmung des Hauses sofort an die erste an.

Als erster Redner spricht Abg. Ludwig. Dem Abg. v. Jagow habe man gewiß zum ersten Male in seinem Leben demokratisierende Tendenzen vorgeworfen. (Heiterkeit im Hause.) Redner will den Provinziallandtag hauptsächlich verwaltender Natur und zwar von verhältnismäßig einfacher Verwaltung, nicht mit dem gesetzgebenden preußischen Landtag vergleichen wissen. Den Vorwurf mangelnder Orientierung bei zweijähriger Etatsperiode weise er zurück; zu den Kontrollen des Provinzialausschusses habe er großes Vertrauen. Eine Aenderung des bestehenden Zustandes sei eine außerordentliche Belastung, für solche Abgeordnete nicht am wenigsten, die zu Hause während des Landtages keine Vertretung haben.

Abg. Werner hält es für die Wähler der Abgeordneten für sehr wichtig, daß man ihnen nachher nicht mit erhöhten Steuern kommt, und die Kosten würden doch ganz bestimmt höhere sein, als die dem Hause genannten. Die Sitzungen würden auch bei alljährlicher Tagung ebenso ausgedehnte seien. (Zustimmung.) Eine Erhöhung der Provinzialsteuern stehe doch dann zu erwarten.

Abg. v. Jagow dankt dem Abg. Ludwig für die bewirkte öffentliche Ehrenrettung. (Heiterkeit.) Besonders heute am 18. März empfinde er den ihm aemachten Vorwurf doppelt drückend. (Heiterkeit.) Er hoffe bis zu seinem Lebensende zu bleiben was er sei. (Beifall.) Zur Sache habe er nichts Neues zu sagen.

Abg. Graf Wartensleben wendet sich gegen den Ausdruck „Ruhe des Kirchhofs".

Abg. Graf Huede Grais widerleat die Behauptung, daß die zweijährige Etatsperiode die Selbstverwaltung und das Interesse ändere. Wenn man alljährlich berate, werde man die Berichte auch nicht mehr lesen.

Ein Schlußantrag findet wiederum starke Unterstützung und wird angenommen.

Abg. Wadehn macht noch eine persönliche Anmerkung zu dem ihm untergeschobenen Vorwurf, er habe gesagt, Abg. von Jagow huldige demokratischen Tendenzen.

Bei der Abstimmung über den Antrag stimmte die Mehrheit

für den Antrag.

Auch die Halleschen Vertreter stimmten für den Antrag.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

√ **Wethau**, 17. März. (Ein eigentümlicher Fund) wurde am vergangenen Sonntag gegen Abend auf einem Acker in Giecauer Flur gemacht. Dort wurde ein Steinguttopf, der noch in einen Sack eingehüllt war, zutage gefördert. Der Topf war gefüllt mit allerlei Hornschmucksachen, Kämmen, Spangen, Spiegeln u. dergl. Es handelt sich aber nicht um prähistorische Fundstücke, sondern um Schmuckstücke modernster Art, von denen einige sogar in Etuis aufbewahrt waren. Man nimmt an, daß diese Gegenstände in Naumburg in einer Kammfabrik gestohlen und hier vergraben wurden. Diese Annahme wird noch unterstützt durch die Tatsache, daß sowohl hier wie auch in Giecau auf Veranlassung der Naumburger Polizei Durchsuchungen stattgefunden haben. Die Angelegenheit ist der königlichen Staatsanwaltschaft angezeigt. Die gefundenen Gegenstände sind dem Amtsvorsteher in Scheiplitz übergeben worden.

:: **Schraplau**, 18. März. (Streik.) In der hiesigen Kalkbrennerei legten heute von 160 Arbeitern etwa 120 wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder.

† **Höhnstedt**, 17. März. (Im Unmut über Familienzwist.) In dem zwischen hier und Langenbogen gelegenen als Abdeckerei bekannten Eckartschen Gehöft kam es am Sonntag nach einem Besitzwechsel zwischen den verheirateten und unverheirateten Kindern zu heftigen Streitigkeiten, worauf die Mutter, eine Witwe, ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte.

)(**Pretzsch**, 17. März. (Zur Weihnachtsbescherung für arme Kinder.) Der verstorbene Seminar-Direktor Dörfling hat der hiesigen Stadtgemeinde 10 000 Mark vermacht, mit der Bestimmung, daß die Zinsen des Kapitals alljährlich zu einer Weihnachtsbescherung für hiesige arme Kinder verwendet werden sollen.

? **Ascherode** b. Sollstedt, 18. März. (Besitzwechsel.) Das dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Exzellenz Köhler gehörige, ca. 1000 Morgen Land und Wald umfassende hiesige Rittergut ist in den Besitz eines Herrn von Baehr aus Doberan in Mecklenburg übergegangen.

(.) **Barby**, 18. März. (Wegen hohen Alters) hat der Königliche Amtsrat v. Dieske seine sämtlichen Ehrenämter im Kreise Kalbe niedergelegt.

() **Schönebeck**, 18. März. (Verbranntes Auto.) In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr explodierte auf der Chaussee zwischen Westerhüsen und hier der Benzinbehälter eines in der Fahrt befindlichen Automobils. Das Fahrzeug verbrannte bis auf die Eisenteile.

? **Brehme** (Kr. Worbis), 17. März. (Ein Dorf-Künstler.) Hier hat ein Original, der 62jährige Handarbeiter August Ernst, soeben das Zeitliche gesegnet. In der ganzen Gegend galt Ernst als Allerweltskünstler. Bei Bauarbeiten war er Maurer, Zimmermann, Dachdecker, Klempner, Schlosser und Anstreicher in einer Person. Alle diese Arbeiten verstand er gut, und führte sie billig und prompt aus. Auch alle Uhrenreparaturen und sonstige Verrichtungen erledigte das Universalgenie mit großem Geschick.

§ **Stadfurt**, 16. März. (Auch was Seltenes.) Der Wirt des „Preußischen Hofes" hier besitzt einen Hund und eine Katze, welche gleichzeitig Junge warfen. Letztere wurden der Katze fortgenommen, und jetzt sieht man das seltsame Naturspiel, daß die Katze und der Hund sich gemeinsam der Pflege der jungen Hunde widmen.

÷ **Mühlhausen i. Th.**, 16. März. (Alte Münze.) Als nach Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges das erste Schützenfest 1715 in hiesiger Stadt veranstaltet wurde, ließ die Stadtbehörde eine besondere viereckige Denkmünze, sogen. Klippe, prägen, die auf der Vorderseite mit Scheiben und Vogelstange verziert ist, auf der Rückseite aber die Inschrift zeigt: ALS FRIEDENSDENCKMAHL WIRD GEPRIESSEN MÜHLHAUSISCH ERSTES VOGELSCHIESSEN. Ein Exemplar dieser ziemlich seltenen Münze ist kürzlich bei einer Münzenversteigerung in Frankfurt a. M. mit unter den Hammer gekommen.

)(**Weida** (Kr. Neustadt), 16. März. (Reiches Vermächtnis.) Der vor kurzem verstorbene Kaufmann F. W. Schubert hier hat in seinem Testament — er hinterläßt ein sehr großes Vermögen — auch seiner Vaterstadt Weida gedacht. Der Testator hat der Stadt drei große Legate überwiesen, zwei von je 100 000 Mk. und eins von 60 000 Mark.

! **Bad Sulza**, 17. März. (Der Direktorpostenam hiesigen Technikum) ist anderweitig besetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080319017/fragment/page=0003

Die Wahl fiel auf Direktor Birckmayr vom Technikum in Regensburg, der auch bereits akzeptiert hat.

:)(: **Dessau**, 18. März. (Bei der Geliebten des Einbrechers Kirsch), Klara Kuß, die, wie gemeldet, nach Dessau in Untersuchungshaft überführt wurde, waren in Breslau 2500 Mark beschlagnahmt worden. Auf diese hat jetzt der anhaltische Fiskus seine Hand gelegt. Er will wenigstens hiermit anteilweise den Schaden decken, den Kirsch der herzoglichen Landeshauptkasse zufügte, der er 15 000 Mk. mittels Einbruchs gestohlen hat. Seine Geliebte hat ohne weiteres in die Herausgabe des Geldes an den Fiskus gewilligt.

Hannover, 17. März. (Das Auto im Wachtkommando.) Gestern abend gegen zehn Uhr fuhr eine Automobildroschke von hinten in einen Militärposten von vier Mann. Alle vier gerieten unter das Automobil. Einer wurde schwer, die drei anderen leicht verletzt.

Kunst und Wissenschaft.

Ein vergessenes Bild Uhdes. Wie aus München gemeldet wird, ist in der dortigen Galerie Heinemann ein vergessenes, aber hochinteressantes Bild von Fritz v. Uhde ausgestellt, das 1880 in Paris gemalt wurde. Es ist „Das improvisierte Konzert" — „Le concert improvisé", wie es seinem französischen Ursprung nach heißt. Einst hat es im Atelier Munkacsys in der Avenue Montaigne den Ruhm des Künstlers mit begründet. Eine dekolletierte Frau in Pumphosen trägt einer großen Gesellschaft von Männern und Frauen, welche die holländische Tracht des 17. Jahrhunderts zeigen, ihre Künste vor. Der Hausrat des Raumes zeigt Renaissance- und Barockstil. Das Bild ist trotz mancher Anklänge an die Niederländer von starker Originalität. Es ist über London nach München gekommen.

Ueber das Leonardo da Vinci-Archiv, das im Jahre 1905 in Mailand ins Leben gerufen wurde, erstattet Geheimrat Dr. von Seidlitz in dem nächsten Heft der von Prof. Hinneberg herausgegebenen „Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik" einen interessanten Bericht. Die Sammlung aller auf Leonardo da Vinci bezüglichen Schriften und Abbildungen wurde auf Anregung des Architekten Luca Beltrami begründet und im Anschluß an das städtische Archiv in einem Saal des erinnerungsreichen Castello Sforzesco unter der Bezeichnung „Roccolta Vinciana" aufgestellt. In den ersten sechs Monaten gingen bereits gegen 250 Schriften ein, in den folgenden Jahren hielt sich der Zuwachs auf entsprechender Höhe; der russische Leonardo-Biograph Wolinski schenkte sogar gegen 300 Werke auf einmal. Das reiche Material des Archivs wird unter Leitung des Direktors des Mailänder Stadtarchivs E. Verga in sorgfältig zusammengestellten Bibliographien, in Regesten zum Leben Leonardos und den Einzelbeiträgen in einer äußerst zweckmäßigen Weise bearbeitet und allen Beteiligten zugänglich gemacht. So ist ein lebendiger Mittelpunkt für die Arbeit aller Leonardofreunde, der sog. Leonardisten, geschaffen, wie ein solcher bisher noch für keinen anderen Künstler bestanden hat, wie er jedoch auch für andere große Künstler vorbildlich werden sollte. Daß diese Tätigkeit auch in Deutschland in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt wird, beweist der Umstand, daß die Akademien von Wien, Leipzig und München sich in die Mitgliederliste haben eintragen lassen.

Eine Carducci-Büste in Paris. Wie aus Paris berichtet wird, wurde in der Sorbonne eine Büste Giosuè Carducci's unter zahlreicher Beteiligung von Franzosen und Italienern feierlich enthüllt. Es ist ein Werk des Bildhauers Ordonodi Rosales, das eine eigenartige Geschichte hat. Seit langem hatte der Bildhauer bereits den Wunsch, eine Büste Carducci's zu machen, aber man hatte ihm gesagt, daß der eigenwillige Dichter sich nicht zu Sitzungen hergeben würde. Trotzdem zog der Künstler eines Tages in Madesimo in dasselbe Hotel, in dem Carducci wohnte, gesellte sich zu dem Dichter, der gerade die Zeitung las, und bat ihn, er möge ihm zu einer Büste sitzen. Carducci erwiderte kurz: „Nein!" Und auf die Frage, warum nicht, erwiderte er: „Sehr einfach. In unserer Zeit bewilligt man jedem Wurschhändler eine Ehrung, die früher den großen Männern vorbehalten war. Die Sitten ändern sich mit den Zeiten: da mache ich nicht mehr mit." So erlauben Sie mir wenigstens, Sie zu photographieren." „Na meinetwegen, morgen früh also." Als der Bildhauer am nächsten Tage zu Carducci kam, erzählte er ihm während der Vorbereitungen zur Aufnahme von einem Verwandten, der Mazzini gekannt hatte, und er wußte ihn im Laufe des Gesprächs so für sich einzunehmen, daß der Dichter plötzlich ausrief: „Hören Sie, ich werde Ihnen sitzen!" Er gewährte nun dem Künstler bereitwilligst die gewünschten Sitzungen und er war mit dessen Werk so zufrieden, daß er es immer bei sich behielt.

s. **Kleine Mitteilungen.** Professor Max Schlevoigt aus Berlin ist zurzeit in München, um ein Bild des Prinzregenten von Bayern zu malen. — Das angeblich unbekannte, neulich mitgeteilte Stammbuchblatt von Goethe ist, wie sich jetzt herausstellt, der Wechselgesang der Gärtnerinnen aus dem zweiten Teile des „Faust" (Szene in der „kaiserlichen Pfalz"). — In Münster fand eine Konferenz von Museumsdirektoren statt, an der unter anderen teilnahmen Dr. Back-Darmstadt, Dr. v. Falke-Köln, Dr. Brünn-Münster, Dr. Luer-Solingen, Dr. Creutz-Berlin und Dr. Graul-Leipzig. Sämtliche Herren gehörten früher dem Berliner Kunstgewerbemuseum als Assistenten an. — Ein Schiller-Denkmal soll nach dem Entwurfe von Arnold Künne in Berlin in Ohlau errichtet werden. — Theaterdirektor Leo Stauber in Hamburg ist im 53. Lebensjahre am Herzschlag gestorben.

Vermischtes.

Die Feuersbrunst als Bildmotiv.

Einen Beitrag zur Psychologie der Brandstiftungen bietet die Charakterschilderung des verhafteten Friedenauer Brandstifters Otto Bauer aus dem Munde seiner Frau, wie die „Berl. Abendpost" aus einem Gespräche mitteilt.

„Mein Mann," so erzählt die Frau, „hat die fixe Idee, er sei der größte Kriminal und zugleich der größte Maler der Welt! Sehen Sie da auf dem Schreibtisch die bunten Kriminalhefte! Diese kindischen Nick Carter- und Sherlock Holmes-Geschichten verschlingt er nicht nur wie all die Leute, die an dem albernen Zeug Gefallen finden, sondern er kritisiert sie auch. Er setzt Ihnen genau auseinander, wie viel schlauer und raffinierter er selbst alle diese kriminellen Heldentaten ausgeführt hätte. Mit wahnsinnigem Stolz erfüllt ihn aber der Glaube an seine Fähigkeit, das Feuer zu malen, so, wie es wirklich glühtund lohtund lodert! — Das hat noch kein Maler gekonnt! — Menzels Eisenwalzwerk? Ja, ich kann darüber nicht urteilen, mein Mann freilich kennt all die Feuerbilder. In seinen Augen sind aber alle Feuermaler Stümper! — Da kommt meine Nachbarin! Sie ist 60 Jahre alt, aber fragen Sie sie, ob sie in ihrem Leben jemals so eine verrückte Feuerschwärmerei gehört hat, wie sie mein Mann am 22. Februar nach seiner Rückkehr von dem großen Tempelhofer Brande hier vor uns zum besten gegeben hat. Aber dieser Brand war meinem Mann noch nicht groß genug: „Ich will ein noch größeres, noch gewaltigeres Feuer malen! Ein Feuer, wie es noch nie dagewesen! Freilich, das ist nicht leicht, das kann nur ein Genie! So ein großartiges, in den Himmel hinaufschlagendes Feuer mit seinen, von roten Zungen durchloderten pechschwarzen Rauchsäulen und seinem wahnsinnig schnell wechselnden, von Sekunde zu Sekunde an Schönheit sich überbietenden wundervollen Farbenrausch! — Solch ein Bild gibt es nicht! Das hat noch kein Maler gemalt! — Ich! Ich werde es malen!" . . .

Bedenkt man, daß dieser gemeingefährliche Feuermaler seinen letzten Brandherd nur wenige Schritte von zwei großen Holzplätzen, auf denen für 800 000 Mark Hölzer aufgestapelt lagern, angezündet hat, so kann man den Worten seiner Frau nur beistimmen: „Gut, daß es noch so abgelaufen ist!"

Ehescheidung der Tosellis? Wenn man der Meldung einer Berliner Korrespondenz aus Florenz Glauben darf, so geht der „Bund für die Ewigkeit", den der Florentiner Pianist und die Gräfin Montignoso erst vor wenigen Monaten geschlossen, seiner Auflösung entgegen. Die Schwärmerei Frau Tosellis für ihren Gatten soll sehr nachgelassen haben und die Trennung der beiden Ehegatten unmittelbar bevorstehen. Die gerichtliche Scheidung würde dann nur eine Frage der Zeit sein. Mit den ehelichen Streitigkeiten sollen auch die Skandale in Warschau in Zusammenhang stehen. Als nämlich Toselli den Vertrag mit dem Impresario abschloß, war die Liebe zwischen den Ehegatten noch groß, und die Gräfin hatte darum auch eingewilligt, an der Seite ihres Gemahls beim Konzert zu erscheinen. Inzwischen sind aber die Verhältnisse andere geworden, und als nun das Konzert herannahte, dachte Frau Toselli gar nicht mehr daran, ihrem Gatten zu Gefallen sich den Blicken einer schaulustigen Menge preiszugeben. Das war wider den Kontrakt. Aber Frau Toselli kümmerte sich darum nicht, und die Impresarii konnten sie natürlich nicht zwingen. — Wie es nicht anders zu erwarten war, tauchen zusammen mit den Meldungen von Zerwürfnissen im Hause Toselli auch sofort Gerüchte über eine neue Herzensaffäre der ehemaligen Gräfin Montignoso auf. Inwiewelt diese Vermutungen, bei denen es sich um einen französischen Schriftsteller handeln soll, zutreffend sind, wird die Zukunft lehren.

Eine Tragödie im Münchener Justizpalast. Im Treppenhaus des neuen Münchener Justizpalastes hat sich die 22jährige Erzieherin Mathilde Wennacker vom vierten Stock in den Hofraum hinabgestürzt. Sie starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Einer angesehenen Familie entstammend, war das schwermütig gewordene Mädchen wegen einer Vormundschaftssache vor das Amtsgericht geladen und, von einer Pflegerin begleitet, erschienen. Sie wußte ihr zu entkommen, eilte vom ersten in den vierten Stock hinauf und stürzte sich aus einem Flurfenster in den Hof hinab.

Der Schatz im Strohsack. Vor einigen Tagen starb der Schuhmachermeister Haase in Rathenow in der größten Armut. Der alte Mann hatte mit seiner greisen Mutter in den dürftigsten Verhältnissen gelebt. Die Mutter liegt gegenwärtig im städtischen Krankenhaus und gab am Dienstag einer Krankenschwester den Auftrag, doch einmal in ihrer Wohnung die Betten durchzusuchen. Zu ihrem Erstaunen fand die Schwester in dem Strohsack einen großen Beutel, der mit Goldmünzen sowie Fünfmark- und Talerstücken bis oben angefüllt war. Es waren im ganzen 20 000 Mk.

Das Schwesterchen erschossen. In Bayreuth hat der fünfjährige Knabe eines Schmiedemeisters mit dem Gewehr seines Vaters beim Spiel seine Schwester erschossen.

Brand einer Fabrik. In der vergangenen Nacht brannte in Siegen die große Fabrik von Rausch für Einrichtungen von Apotheken vollständig nieder. Sämtliche Maschinen und Vorräte sind vernichtet. Der Fabrikbesitzer Fries, der sich an den Rettungsarbeiten beteiligte, wurde durch den Schreck getötet und als Leiche in seine Wohnung geschafft.

Verhaftete Bankdiebe. Zwei wegen Bankdiebstahls steckbrieflich verfolgte Persönlichkeiten namens Grünberg und Keil aus Petersburg bezw. Wien wurden am Dienstag in Zürich verhaftet.

Panzerhemden für die Pariser Apachen. Um bei ihren nicht ganz gefahrlosen „Unternehmungen" gegen allerhand Zufälligkeiten besser geschützt zu sein, hat sich unter den Pariser Apachen die Sitte eingebürgert, Panzerhemden zu tragen. Diese neue Mode soll durch einen gefürchteten Messerhelden, den zwanzigjährigen Peter Gomb aus Warschau eingeführt worden sein, der am Dienstag der Polizei in die Hände fiel.

Maßregeln gegen die italienischen Orgeldreher in London. Ein Urteilsspruch des Polizeigerichts von Marlborough Street wird, jedenfalls soweit West-London in Betracht kommt, die englische Hauptstadt für die italienischen Orgeldreher verschließen. In der letzten Zeit erregten sie besonders dadurch Anstoß, daß sie an Stelle der Affen kleine Kinder verwendeten, um das Mitleid des Publikums zu erregen. Diese Kinder werden in London, wie die Polizei feststellte, häufig von armen Leuten gegen die geringe Zahlung von 6 Pence auf einen Tag geborgt und sind dann den ganzen Tag hindurch den Unbilden des Wetters ausgesetzt. Je elender die kleinen Wesen aussehen, desto größer ist natürlich das Mitleid des Publikums, und desto reichlicher fließen die Gaben für die Orgeldreher, die der Richter treffend als Bettler kennzeichnete, die bei ihrer Bettelei die Orgel verwendeten, um das Gesetz zu hintergehen. In dem erwähnten Falle wurde ein Italiener und eine Italienerin zu je einem Monat Gefängnis und Deportation verurteilt, weil sie in der Regent Street unter Verwendung eines zweijährigen Kindes Geld sammelten. Bei dem Orgeldreher fand man die Summe von 24 Shillingen.

Das Modernste. Man schreibt dem „Lok.-Anz." aus Paris: Die großen Schneider dekretieren die Mode; aber das Publikum muß sie erst akzeptieren, ehe eine Epoche sie auf ihre Banner schreiben kann. Mit der Umgestaltung der Aermelmode haben die Künstler auf dem Gebiete der Nadel augenblicklich einen harten Kampf zu bestehen, in dem sie voraussichtlich unterliegen werden, wenigstens für die kommende Saison. Es handelt sich darum, die Aermel vom Ellbogen wieder bis auf das Handgelenk herab zu verlängern, ein Umschwung, auf den die sonst so sehr die Veränderung liebende Pariserin sich durchaus nicht einlassen will. So wird voraussichtlich mindestens bis in den Herbst 1908 der Aermel noch kurz bleiben, d. h. er schwankt zwischen dem richtigen Ellbogenärmel und dem dreiviertellangen, der besonders für die Straßentoilette schon der Handschuhfrage wegen allgemeiner akzeptiert worden ist und der nur etwa die Hälfte des Unterarmes freiläßt. Die allzu scharf ausgesprochene Absicht, die Handschuhe aus Billigkeitsrücksichten durch diese Maßregel zu verkürzen, hat den Erfolg gehabt, daß alle wahrhaft eleganten Pariserinnen, obgleich sie die sehr kleidsamen, weiten, mit einer zurückgeschlagenen Manschette abschließenden, dreiviertellangen Aermel tragen, die langen Handschuhe nicht abgelegt haben, sondern sie ostentativ, in dichten Falten vom Handgelenk emporsteigend, um den Unterarm drapieren. Der moderne Handschuh darf infolgedessen auch für die Gesellschaftstoilette nicht glatt den Arm umspannen und hat daher seine ohnehin schon respektable Länge verdoppelt, da die Aermel der großen Abendtoilette kaum zum Ellbogen herabreichen. Ganz kurz werden diese aber noch immer nicht, trotz aller aus Schönheitsrücksichten gemachten Anstrengungen. Sie zeichnen sich immer mehr durch eine Manniafaltigkeit der Herstellung aus, die sie zu wahren Kunstwerken der Schneiderkunst gestaltet. Ueber die hellseidenen, hochstrebenden Ellbogenbausche ziehen sich vielfach Arabesken von inkrustierter oder applizierter Spitze, die aus dem Schulterarrangement dorthin übergeleitet werden. Vielfach spalten sich die Aermel auch in Form von Schmetterlingsflügeln über einem unteren Bausch aus Seidenmusselin oder Tüllspitze. Andere fallen als Glocken über hellfarbene Unterärmel, und wieder andere zeigen die Schlitze der mittelalterlichen Ritterärmel, aus denen Spitze oder Seidenmusselin hervorquillt. Kleider aus Metallstoff zeigen gewöhnlich etwas steife, runde Glockenärmel, unter denen grellfarbige Seidenbausche, mit der Garnierung harmonierend, sich ausdehnen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Zum 18. März.

Berlin, 18. März. Anläßlich des 18. März beteiligten sich an dem Besuch des Friedhofes der Märzgefallenen etwa 12 000 Personen. Sie passierten in ruhiger Ordnung; ein Einschreiten der Polizei war nicht notwendig. Nachmittags wurden in 14 Lokalen sozialdemokratische Versammlungen von etwa 20 000 Menschen besucht. Die Redner forderten allenthalben in ihren Reden Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts in Preußen. Vor den Lokalen sah man sehr wenig Publikum, nur an einer Stelle hatte die Polizei Anlaß, gegen die Demonstranten vorzugehen, jedoch auch dort wurde die Ruhe bald wieder hergestellt.

Berlin, 18. März. Im weiteren Verlauf des Nachmittags stieß die Polizei an drei Punkten mit den Demonstranten zusammen; an der Moltkebrücke mit etwa 300 Personen, vor der Hartungschen Maschinenfabrik mit etwa 5000 Personen, drei Zusammenstöße fanden in der Chorinerstraße statt. Verletzungen sind nicht vorgekommen.

Ein französisches Segelschiff gekapert.

Bordeaux, 18. März. Das einer Fischereigesellschaft im Golf von Gascogne gehörige Schiff „Balleine" mit einer Besatzung von 19 Mann, wurde bei dem Kap Jubi von Mauren gekapert.

Paris, 18. März. Das Marineministerium beabsichtigt zum Zweck der Befreiung der gefangenen Matrosen des Segelschiffes „Baleine" ein Kriegsschiff an das Kap Jubi zu entsenden.

Zum Besuch des Kaiserpaares in Venedig.

Rom, 18. März. Der deutsche Kaiser und die Kaiserin mit dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Viktoria Luise werden am 25. d. Mts. 11,35 Uhr vormittags in Venedig ankommen und auf dem Bahnhof von dem König Viktor Emanuel empfangen werden. Darauf findet ein Frühstück im Kgl. Palais statt. Nach dem Frühstück begibt sich das Kaiserpaar, das beabsichtigt, 2 Tage in strengem Inkognito in Venedig zu bleiben, an Bord der „Hohenzollern". Der König von Italien wird in Begleitung des Ministers des Auswärtigen, Tittoni, am 25. d Mts. früh in Venedig eintreffen und fährt am Abend desselben Tages wieder nach Rom zurück. Den Kaiser wird der deutsche Gesandte Frhr. v. Jenisch als Vertreter des auswärtigen Amts begleiten.

General d'Amade am Ziel.

Paris, 18. März. General d'Amade telegraphiert aus Casablanca vom 17. März, daß die Stämme der Schaujas, der Schjudma und alle Uleds Said sich unterworfen haben.

Tanger, 18. März. Der französische Gesandte Regnault und General Liautey sind in Casablanca angekommen.

Tanger, 18. März. Aus Casablanca wird vom 15. März gemeldet: Für das Lösegeld der Gefangenen Paret und Bianchi haben der französische und der italienische Konsul die Gewähr übernommen. Der Dampfer „Neustria", mit Truppen an Bord, ist seit zwei Tagen hier, kann aber der bewegten See wegen nicht landen.

Tanger, 18. März. Aus Settat wird vom 14. März gemeldet: General d'Amade hat sein Lager gestern früh verlassen, um sich nach Settat zu begeben. Die Truppen zogen mit klingendem Spiel in Settat ein. Am Nachmittag traf Houel, begleitet von 4 Franzosen und 1 Italiener, im Hauptquartier ein. Sie kamen von Mulay Hafid, um seine Vorschläge zu wiederholen. Hafid fordert, Frankreich solle seinen Vormarsch nach Rabat gestatten, wo er seinem Bruder aufs Haupt schlagen will. Unter dieser Bedingung verbürge er sich für die vollständige Beruhigung der Schaujastämme und für die Anerkennung aller von Abdul Asis eingegangenen Verpflichtungen. Außerdem fordert er die Zurückziehung der französischen Truppen. Die Gesandten Hafids wurden von General d'Amade empfangen und gebeten, ihr Lager außerhalb der französischen Truppenlinie aufzuschlagen.

Der russische Flottenbau.

Petersburg, 18. März. Bei Beratung des Flottenkredits in der Landesverteidigungskommission wurde beschlossen, Kredite für den Bau neuer Linienschiffe für 1908 abzulehnen, die Kredite für die im Bau begriffenen Schiffe, für Artillerie, Torpedoboote, Unterseeboote dagegen zu bewilligen. Die Ablehnung des Baues der Marineschiffe für 1908 erfolgte mit 19 gegen 14 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung.

Berlin, 18. März. Heute abend fand bei dem Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz ein parlamentarisches Diner statt, zu dem eine große Anzahl von Einladungen an Parlamentarier aller Parteien ergangen sind.

Wien, 18. März. Das Befinden Kaiser Franz Josephs ist, abgesehen von den Schnupfen, der schon in der Lösung begriffen ist, andauernd sehr gut. Die letzte Nacht verbrachte der Kaiser in ungestörter Ruhe und er arbeitete heute morgen zur gewohnten frühen Stunde. In seiner Lebensweise und in der Tageseinteilung ist keine Veränderung eingetreten.

Barcelona, 18. März. Das österreichische Geschwader ist nach Gibraltar in See gegangen, die österreichischen Torpedoboote folgen ihm.

London, 18. März. Die Schiffbauer der Nordostküste haben sich mit 4356 gegen 3693 Stimmen gegen die Bedingungen des von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Abkommens ausgesprochen.

Konstantinopel, 18. März. Der bulgarische diplomatische Agent Geschew machte den hiesigen Botschaften und der Pforte die Mitteilung, daß die neue bulgarische Regierung gegen die Organisierung von Banden in Bulgarien und gegen Grenzübertritte die strengsten Maßregeln ergriffen habe.

Leitung: Otto Sonne
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das Feuilleton: Otto Sonne; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Kanz; für den Inseratenteil: Max Knesebeck. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080319017/fragment/page=0004

Berliner Börse, 18. März 1908

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. — q_2 do. 1.2.5.8.11. — q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6½%, Lombardzinsfuss 6½%, Privatdiskont 4⅝%. Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

D. Rchs.Sch.	v	3½	93.90bG
do. 1912	a	4	99.80G
fäll.1.7.08	a	3½	93.75G
fäll.1.10.08	d	3½	99.60bG
fäll.1.4.09	d	3½	93.40G
Pr.Schatz 12	a	4	99.90G

Spandau 95	d	3½	92.50G
Stargard i.P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	90.20G
Stettin	a	3½	91.00B
do. 1904	d	3½	90.00B
Teltow.Kreis	d	4	98.75B
Thorn 01 u 11	d	4	97.60G

Rss.c.EBA.II	q_1	4	—.—
Russ.EBA.02	a	4	81.40b
do. 1905	a	4½	84.60G
RussStaatsr.	q_3	4	74.25G
do. Nicolai-B.	e	4	—.—
do.Prm.A.64	a	5	348.00b
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodencr.	a	5	—.—
do.conv.Obl.	a	3.8	72.60b

Eisenbahn Prior.-Obligat.

Brschw.Ldsb.	a	3½	—.—
Bröltb. 90er	d	4½	—.—
Halle-Hettst.	d	3½	—.—
HalbBlnk.84	a	3	—.—
do. 1895 03	a	3½	89.00G
Nordh.Wrn.E	d	4	—.—
Zschok Finst	d	3½	—.—

Nordd.Grder. III IV u. V	a	4	96.50bG
do. VI.	d	4	96.50bG
do. X. XI.	d	4	97.25bG
do. XII. u. 12	d	4	97.25bG
do. XIV.	d	3½	93.25G
do. XV. u. 15	a	4	97.50G
do. XVI. u. 18	a	4	97.90G
do. VII.-IX.	a	3½	90.00G

Krupp-Oblig.	a	*4	99.00b
Lahm.&Co. 3	d	*4½	98.90b
Laurahütte	a	*4	98.00B
do.	c	*3½	90.75bG
Ldf.EyckSt.5	d	*4½	—.—
Leopold-Gr.	a	*4½	98.90b
Ldw.Löwe&C.	d	4	98.00B
LwnrHSch.2	d	*4½	100.50B
MgdbBaub.3	a	*4½	—.—

Böhm. Brauh.	I	5	130.50bG
BolleWb.abg	O	4	113.50G
Dtsch.Bierb.	O	8	126.00B
Friedrichsh.	O	4½	90.30bG
Gebhardt.	O	1	65.00G
Gericke Wsb.	O	0	30.50G
Germania	O	5	96.75G
Hilseuein.	O	0	63.00G
Kaiserpr.	I	5	83.50bG

Chemische Fabrik				
Grünau	I	10	152.75G	
v. Heyden	I	10	157.10G	
Hönning.	7	10	144.00G	
Milch	N	15	229.00G	
Oranienb.	I	10	167.50G	
Weiler	I	10	151.25	
Albert	I	22½	405.00bG	
Byk	7	0	63.33G	
Chem.Wrkz	7	6	95.25b	

Klaus.Sp.ab	I	8	85.75B
Köhlmann St.	O	18	297.00B
Koll.&Jourd.	5	15	297.00G
KelschWalz.	7	10	103.00G
Kg. Wilh. cv.	I	20	240.25b
do. do. Pr.-A.	I	25	333.00b
Kön.Marienh.	I	8	87.00G
do. do. V.-A.	I	8	87.00G
Fgsb.Walzm	I	6	95.50B

Schönh.Allee	I	frc.	625.00G
SchönebMet.	7	4	42.00G
Schoening	5	8	102.30G
Schönw.Prz.	I	4	92.00G
Schött Rhdt.	I	10	119.50G
Schfg. Huck	I	10	134.50G
Schub.&Slr.	4	30	289.50b
Schuckert El.	8	5	103.70b
Fr.Schulz jr.	I	23	274.00b

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 202,25, Diskonto 176,80, Deutsche Bank 239,00, Berliner Handelsgesellschaft 159,00, Kanada 146,25, Baltimore 82,70, Paketfahrt 111,00, Nordd. Lloyd 97,00, Russische Anl. von 1902 81,75, Laurahütte 209,25, Bochumer Guss 197,75, Harpener 193,75, Gelsenkirchen 183,50, Phönix 174,80, Dresdner Bank 138,12, Schaaffhausen 134,12, Lombarden 25,70. — Tendenz: Ruhig.

Auf dem Kassamarkte notierten höher: Hemmoor Zement 1,25, Aluminium Ind.-Ges. 2, Balcke, Tellering 1,50, Vogtländische Masch. 2, Hoechster Farben 10,50, Deutsche Waffenfab. 1,50, Schweig Glashütte 1,50, Omnibus-Ges. 1,50, Simonius 2,50, Planiawerke 2, Akkumulatoren-Fab. 2, Kallwerke Aschersleben 1,75, Concordia Bergbau 1,50, Hüstener Gewerkschaft 1,75, König Wilhelm 1,50, Rhein.-Nassau 4, Withen Stahlröhren 1,75. — Dagegen notierten niedriger: Strube Armaturen 2,75, Egestorff Masch. 2,50, Kronprinz Metall 2,50, Orenstein & Koppel 3, Wanderer Fahrad 1,25, Elberfelder Farben 3, Admiralsgartenbad-Akt. 1,50, Kaiserhof 2,50, Deutsche Linoleum 1,50, Gereshemer Glas 3, Hoffm. Stärke 16 gegen 1. Notiz Iproz., Nordd. Steingut 8, Elberfelder Papierfab. 1,75, Varziner Papierfab. 1,50, Telephon Berliner 3,25, Leipziger Gummi 3,75, Gladbacher Wolle 1,50, Anhalter Kohlen 1,75, Greppiner Werke 6,25, Kölner Bergwerk 2, Königsborn 1,50.

Reichsbank. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses wurde seitens des Präsidenten unter Zugrundelegung des letzten Ausweises die Lage der Bank und des Geldmarktes kurz erörtert, wobei von keiner Seite aus die Frage einer Diskonterhöhung berührt wurde. Bevor man nicht einen Ueberblick über die Gestaltung des Ultimo März und die Rückflüsse im zweiten Quartal hat, ist in der Tat kein Urteil darüber möglich, ob eine Diskonterhöhung unter 5½ Proz. vorgenommen werden kann. Der Zentralausschuss nahm alsdann die Wahlen der Bezirksausschüsse vor. Zu Deputierten des Zentralausschusses wurden ferner an Stelle der ausgeschiedenen Herren Geheimer Kommerzienrat Ernst v. Mendelssohn-Bartholdy und Kommerzienrat Emil Hecker gewählt: die Herren Generalkonsul Kommerzienrat Rudolph Koch, Direktor der Deutschen Bank, und Generalkonsul Dr. Paul v. Schwabach. Wiedergewählt wurde Stadtältester, Stadtrat a. D. Johannes Kaempf. Zu Stellvertretern der Deputierten wurden an Stelle der vorgenannten Herren Kommerzienrat Koch und Dr. von Schwabach gewählt: Die Herren Generalkonsul Robert v. Mendelssohn und Geheimer Seehandlungsrat a. D. Alexander Schoeller. Wiedergewählt wurde als Stellvertreter Herr Bankdirektor Carl Fürstenberg.

Die Zinssätze im Kontohandel wurden gestern an der Berliner Börse auf 4½ Proz. im Debet und auf 3½ Proz. im Kredit erhöht.

Hallesche Kallwerke, Akt.-Ges. zu Schlettau a. S. Im zweiten Geschäftsbericht wird ausgeführt: Das Jahr 1907 diente zur Ausführung der zum eigentlichen Schachtbau erforderlichen Vorarbeiten. Infolge des vorhandenen Pachtverhältnisses konnten wir von unserem Werksplatz-Grundstück erst am 1. Oktober 1907 Besitz ergreifen. Die vorhergehende Zeit wurde zur Ausarbeitung der Projekte für die Tagesanlagen und zur Einholung der erforderlichen Genehmigungen benutzt. Am 1. Oktober 1907 wurde mit der Errichtung der Tagesanlagen begonnen. Hierbei wurde von vornherein darauf gesehen, die Anlagekosten möglichst niedrig zu halten, aus welchem Grunde sich auch der Aufsichtsrat entschloss, den Bau von provisorischen Anlagen soweit wie irgend möglich zu vermeiden und durchweg definitive Anlagen zu errichten, welche, soweit nötig, so angeordnet wurden, dass eine entsprechende Vergrösserung für den späteren definitiven Betrieb ohne Aenderung vorgenommen werden kann. Zur Peststellung des günstigsten Schachtansatzpunktes auf dem Werksplatze wurden 3 Flachbohrungen niedergebracht, wovon die eine gleichzeitig als Bohrlochbrunnen weiter getcuft wurde. Dadurch war es möglich, einen Schachtpunkt zu finden, welcher nicht durch tertiäre Schichten überlagert ist, sondern bei welchem mit der Teufbarkeit direkt im mittleren Buntsandstein begonnen werden kann, der in seinen oberen Schichten von solcher Beschaffenheit ist, dass voraussichtlich bei der Abteufarbeit keine besonderen Schwierigkeiten zu erwarten sind und deshalb von vornherein das Abteufen von Hand gewählt werden kann. Der Enteignungstermin für die zur Eisenbahn erforderlichen Grundstücke fand am 15. Oktober 1907 statt; es wurde hierbei eine Einigung mit den betreffenden Grundbesitzern erzielt, so dass Ende Oktober bereits mit dem Bahnbau begonnen werden konnte und die provisorische Inbetriebsetzung voraussichtlich noch im Monat März 1908 erfolgen kann. Inzwischen wurde der vom Orte Schlettau nach dem Werksplatz führende Weg chausseemässig ausgebaut, da sich dieser in einem für schwere Fuhrwerke gänzlich unbrauchbaren Zustande befand. Gleichzeitig wurde auf dem Werksplatze mit der Einrichtung der Tagesanlagen begonnen. Es sind bereits fertiggestellt: das provisorische Bureaugebäude, das Werkstattsgebäude, der Holzlagerschuppen, das Maschinenhaus für die elektrische Zentrale, das Kesselhaus für 4 Dampfkessel, die Kesselfundamente für 4 Dampfkessel von je 100 qm Heizfläche, der Bohrlochbrunnen, mit welchem das ganze Werk mit Wasser versorgt wird, das Sprengstoffmagazin. Im Bau begriffen sind: der Dampfkessel-Schornstein von 60 m Höhe, die beiden Fördermaschinenhäuser, die Mannschaftskaue mit Badeeinrichtung, das Materialienmagazin, die Fundamente für den Abteufturm. Für die geplante Errichtung eines Direktor-Wohnhauses und eines Bureaugebäudes mit Wohnung für den Betriebsführer und den Maschinenmeister konnte leider die nachgesuchte Ansiedelungsgenehmigung zu annehmbaren Bedingungen noch nicht erreicht werden, so dass der Bau zunächst noch zurückgestellt werden musste. Für die Errichtung der geplanten Chlorkaliumfabrik sind die Projekte ebenfalls ausgearbeitet und den zuständigen Behörden im November 1907 eingereicht mit dem Ersuchen, die Genehmigung zur Einleitung der Endlaugen in die Saale zu erteilen. Die Angelegenheit wird demnächst den Bezirksausschuss beschäftigen. Das letzte unserer gemuteten Felder, Holleben VI, wurde im August 1907 seitens des Königlichen Oberbergamtes in Halle verliehen, so dass wir nunmehr über ein geschlossenes Grubenfeld von 8 Maximalfeldern verfügen. Nach dem Gewinn- und Verlustkonto stellt sich der Vortrag aus 1906 auf 115 571 Mark, die Generalunkosten für 1907 betragen 44 876 Mk., die Abschreibungen 226 Mk. Das Konto Mieten und Pachten weist 1588 Mk., das Zinsenkonto 640 Mk. aus. In der Bilanz figurieren: Aktiva: Grubenfelder 2 405 030 Mk., Grundstücke 138 905 Mk., Schachttiefbau 30 740 Mk., Gebäude 30 839 75 Mk., Maschinen 63 271 Mk., Bahnanlage 6981 Mk., Allgemeine Anlagen 36 731 Mark, Inventar 3948 Mk., Kassenbestand 989 Mk., Bankguthaben 287 259 Mk., Konto der Aktionäre (noch einzuzahlendes Aktienkapital) 2 250 000 Mk., Debitoren 72 781 Mk., Materialbestände 11 143 Mk., Avalkonto 6000 Mk. Passiva: Aktienkapital 5 000 000 Mk., Akzepte 417 493 Mk., Kreditoren 79 573 Mk., Avalkonto 6000 Mk. Die Generalversammlung findet am 28. März in Köln statt.

Deutsche Kallwerke, Akt.-Ges. in Bernterode. Der Betriebsüberschuss der Gesellschaft beträgt für das Jahr 1907, in dem sie dem Kalisyndikat beigetreten ist, 780 000 Mk. Dieser Betrag wird zu Abschreibungen verwandt. Ihre erste Dividende dürfte die Gesellschaft, falls nicht aussergewöhnliche Störungen eintreten, für das laufende Jahr verteilen.

Zur Uebernahme der Sollstedt-Verträge durch das Kalisyndikat. Wie verlautet, haben am Dienstag in Berlin Konferenzen des Kalisyndikats mit den Organen des Werkes Sollstedt stattgefunden. Es bestehen bezüglich der Uebernahme der amerikanischen Sollstedt-Verträge noch Differenzen in der Rabatt-Frage. Das eigene kaufmännische Interesse des Werkes Sollstedt geht aber zweifellos dahin, dass eine Verständigung mit dem Syndikat baldigst erfolgt.

Feierschichten im Kohlenbergbau. Am 13. d. Mts. musste auf Zeche Kaiserstuhl I beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch wegen Absatzmangels gefeiert werden. Nunmehr fiel am Mittwoch auf Zeche Kaiserstuhl II die Mittags- und Abendschicht wegen Mangels an Absatz aus.

Die Allgemeine Petroleum-Industrie-Aktien-Gesellschaft, die zur Disconto-Gesellschaft und zum Bankhause S. Bleichröder in Beziehungen steht, berichtet über die Unternehmungen, an denen sie beteiligt ist, wie folgt: Die „Bustenarii" verteilt eine Dividende von 8 Proz. De „Concordia", welche an die Stelle der beiden Gesellschaften „Bustenarii" und „Telera" tritt, wird deren Grubenbetriebe mit ihren technischen Verwaltungsorganen übernehmen. In der Verwaltung der Concordia ist unserem Konzern massgebender Einfluss gesichert. Die „Vega" hat sich auch während ihres zweiten Geschäftsjahres als ein technisch auf voller Höhe stehendes Unternehmen bewährt, dessen finanzielle Ergebnisse zufriedenstellend sind. Der „Credit Petrolifier" hat sich auch in seinem zweiten Geschäftsjahre den Erwartungen entsprechend entwickelt und nach angemessenen Abschreibungen aus seinem 452 286 Lei betragenden Reingewinn eine Dividende von 9 Proz. verteilt. Die Compagnie Industrielle des Pétroles, Paris, konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Dividende nicht verteilen, sie vermochte jedoch die im Vorjahre errungene Stellung zu behaupten und die Steigerung ihres Umsatzes erfolgreich vorzubereiten. Die „Internationala" Rumeensche Petroleum-Maatschappij in Amsterdam verteilte 6 Proz. Dividende wie im Vorjahre.

Vereinigte Chemische Fabriken zu Leopoldshall, A.-G. Die Gesellschaft hat im ersten Semester des Geschäftsjahres 1907 bis 1908 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ungünstiger gearbeitet. Der vom Kalisyndikat gemeldete bessere Geschäftsgang im zweiten Semester wird aber, wie die Verwaltung hofft, auch für die Gesellschaft eine Besserung bringen.

Vereinbarungen der Zuckerraffinerien. Zu unserer Meldung über die am 14. in Berlin stattgehabte Vorbesprechung und die am 26. d. Mts. folgenden Verhandlungen von Vertretern deutscher Zuckerraffinerien wird berichtet, dass es sich durchaus nicht um die Schaffung eines Preiskartells handelt: schon aus dem natürlichen Grunde nicht, weil unter der Herrschaft der Brüsseler Konvention ein solches Kartell gar nicht geschaffen werden kann. Es handelt sich hier vielmehr um den Versuch einer Verständigung, die bewirken soll, dass zwischen dem jeweiligen Rohzuckerpreis und dem Preis fertigen Gebrauchszuckers ein Spielraum geschaffen wird, der wenigstens Gewinn garantiert. Es ist ja offenkundig, dass sich das deutsche Raffineriegewerbe (namentlich die kleineren, aber auch die mittleren Betriebe) in direkter Notlage befindet. Die Schaffung einer genügenden Marge wäre den Zuckerraffinerien deshalb wohl zu wünschen. Bei der jetzigen Spannung von 1,80 bis 1,90 Mk. für 50 kg ist das Raffinieren direkt verlustbringend. Die Minimalspannung müsste, um die Betriebe lebensfähig zu erhalten, 2,50 Mk. für 50 kg betragen. Allerdings würde der Versuch, weiter zu gehen, wohl scheitern. Es wird sich vor allen Dingen darum handeln, das gegenseitige Unterbieten beim Verkauf zu verhindern. Doch bei grösster Selbstbescheidung ist es noch keineswegs ausgemacht, dass eine solche Verständigung, wie sie im Prinzip angestrebt wird, in die Praxis übersetzt werden kann. Denn eine ganze Reihe von grösseren Betrieben bleibt fern, nimmt heute zum wenigsten eine durchaus abwartende Stellung ein. Ein Erfolg kann jedenfalls nur dann Platz greifen, wenn die Rufer im Streite sich bescheiden und darauf beschränken, den Versuch zu machen, das Mögliche zu erreichen, nicht aber über das Ziel hinaus schiessen, das einem internationalen Artikel wie dem Zucker nun einmal gesteckt ist.

Das Kartell der Zuckerraffinerien erhöhte, wie aus Prag gemeldet wird, den Raffinadpreis um eine halbe Krone auf 73¾ Kr.

Aktiengesellschaft für industrielle Unternehmungen in Blankenburg a. H. Im verflossenen ersten Geschäftsjahre war laut Geschäftsbericht für 1907 die Unternehmungslust sehr gering, und das Publikum verhielt sich industriellen Anlagewerten gegenüber, deren Unterbringung die Haupttätigkeit der Gesellschaft bilden soll, sehr zurückhaltend. Es konnten daher nur wenige Geschäfte abgeschlossen werden. Da bei der Errichtung der Gesellschaft nur 25 Proz. des Grundkapitals (1 000 000 Mark) eingezahlt sind, die zweite Einzahlung aber erst im April erfolgte, wurde der Gewinn durch eine hohe Zinsenlast (31 170 Mark) ungünstig beeinflusst. Von den Unternehmungen, an denen die Gesellschaft dauernde Beteiligung genommen hat, brachten die Aktien von W. Veth in Gandersheim 6 Proz. Dividende für 1906/07, die Anteile des Emaille-Grossistenverbandes in Thale für 1906 10 Proz. und für 1907 8 Proz. Die Aktien der Quedlinburger Textilindustrie blieben erträgnislos. Die Gewerkschaft Thale entwickelte sich befriedigend. Der Abschluss ergab einen Reingewinn von 31 394 Mk., wovon 25 000 Mk. als 5 Proz. Dividende verteilt werden. Die Beteiligungen werden mit 788 457 Mk. ausgewiesen. Die Buchschulden betragen 311 889 Mark.

Erhöhung der Produktionseinschränkung in der Juteindustrie. Der Verband deutscher Juteindustrieller erhöhte die bisherige Produktionseinschränkung um 2½ Proz. Die Preise für Gewebe mit Ausnahme der Hopfentuche hat der Verband um ⅞ pro Quadratmeter und für Garn um 1½ Mk. per Doppelztr. erhöht.

Norddeutscher Lloyd. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der auf den 3. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4½ Proz. (i. V. 8½ Proz.) vorzuschlagen.

Norddeutsche Wollkämmerei u. Kammgarnspinnerei, Bremen. Nach erheblichen Abschreibungen und Rückstellungen schlägt der Aufsichtsrat die Verteilung einer Dividende von 10 (12) Proz. auf das um 5,82 Millionen auf 22,5 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vor.

Konkurs Fritz Eberbach. Für ein Arrangement zwischen dem in Konkurs geratenen früheren Direktor Eberbach vom Kaiserhof und seinen Gläubigern werden jetzt Anstrengungen gemacht. Die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und von Palmowski bemühen sich im Auftrage Eberbachs, dem die notwendigen Mittel von Verwandten zur Verfügung gestellt werden sollen, eine Vereinbarung herbeizuführen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 18. März. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 204 206,00. Roggen inl. 192—194,00. Hafer, märkischer mecklenburg. pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 171—184, mittel 161—170, gering 155—160, russischer mittel u. gering — Mais, runder 155,00—158,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 150—158, gute 159—170, russische und Donau leichte 146 bis 151. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 172—186, kleine —,—. Weizenmehl 00 26,25—28,75. Roggenmehl 0 und 1 25,20—27,50 Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 12,50—13,00. (Alles frei Bahn.)

Hamburg, 18 März. Weizen ruhig, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 202—210 Roggen ruhig, Mecklenburger und Altmärker 182—188, russ. cif 9 Pud. 10/15 15—00. Gerste ruhig, südrussl. cif. 126,50. Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 162—170. Mais fest, America mixed cif. 116 00. La Plata cif. 108,50.

Pest, 18. März Weizen fest per April 11,74 Gd., 11,75 Br., per Oktober 9,85 Gd., 9,84 Br. Roggen per April 10,63 Gd., 10,64 Br., per Oktober 8,60 Gd., 8,61 Br. Hafer per April 7,76 Gd., 7,77 Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per Mai 6,68 Gd., 6,69 Br. Raps per August 16,30 Gd. 16,40 Br.

Kaffee.

Hamburg 18. März. Good average Santos

	vorm	nachm.	abends
per März	32¾ Gd.	32¼ Gd.	32¼ Gd.
„ Mai	32¾ Gd.	32¼ Gd.	32¼ Gd.
„ September	33¼ Gd.	33¼ Gd.	32¾ Gd.
„ Dezember	33¼ Gd.	33 Gd.	33 Gd.
	träge	stetig	ruhig

Bremen, 18. März. Kaffee ruhig.

Havre, 18. März. Kaffee good average Santos per März 43½ per Mai 42¾, per Sept. 42¼, per Dez. 42¼. Stetig.

Zucker.

Hamburg, 18. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88¾ Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	21,80	21,50	22,00 Mk.
„ April	21,85	21,90	22,05 „
„ Mai	21,90	22,00	22,20 „
„ August	22,20	22,30	22,55 „
„ Oktober	20,50	20,55	20,65 „
„ Dezember	20,15	20,20	20,30 „
	ruhig	fest	stramm

Spiritus.

Nordhausen, 18. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 66,50 67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,25 75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 18. März. Spiritus fest, per März 32½ Gd., per März-April 32½ Gd., per April-Mai 32½ Gd.

Petroleum.

Hamburg, 18. März. Petroleum fest Standard white loko 7,55.

Fettwaren und Oele.

Bremen, 18. März. Schmalz fest. Loko, Tubs und Firkin 41½, Doppeleimer 42½.

Hamburg, 18. März. Rüböl ruhig, versollt 74,00.

Köln, 18. März. Rüböl loko 76,50, per Mai 75,50.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 18. März Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke 14,50.

Magdeburg, 18 März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 18. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 632 Rinder, 2581 Kälber, 1436 Schafe und 14 408 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 84 bis 98 Mk.; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 73 bis 78 Mk.; c) geringe Saugkälber 45—52 Mk.; d) ältere gering genährte Kälber (Fresser) —,— Mk.; Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 74—76 Mk.; b) ältere Masthammel 64 bis 67 Mk.; c) mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 51—55 Mk.; d) Holsteiner Niederungsschafe —,— Mk.; auch pro 100 Pfund Lebendgewicht —,— Mk. — Schweine: Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 54 Mk.; b) fleischige 51—53 Mk.; c) gering entwickelte 48—50 Mk.; d) Sauen 50 Mk.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 300 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Ausgesuchte Kälber wurden mit Preisen über Notiz bezahlt. Bei den Schafen fanden etwa zwei Drittel des Auftriebs Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt. Ausgesuchte Schweine brachten Preise über Notiz.

Metalle.

London, 18. März. Chili-Kupfer stetig 59¾, 3 Monat 59¾. Zinn Straits stetig 188¾, 3 Monat 186. Blei span., ruhig 13¾, englisch 14¾. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21¼, spez. Marke 22¼.

Glasgow, 18. März. (Mittag.) Roheisen fest, Middlesbrough warrants 51/0½.

Wolle.

Bremen, 18. März. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl 56¾ Pfg.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	18. 2.	17. 2.	Chicago.	18. 2.	17. 2.
Weizen p. Mai	103¾	103¾	Weizen p. Mai	95⅞	95⅞
„ „ Juli	97¾	97⅞	„ „ Juli	90¼	90¼
Mais p. Mai	73¾	73⅞	Mais p. Mai	67½	66⅞
„ „ Juli	73¾	72¼	„ „ Juli	64¼	63¾
Mehl Spring clears	4,40	4,40	Hafer p. Mai	54¼	54
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6¼	6¼	„ „ Juli	48⅝	47⅞
„ p. März	5,75	5,80	Roggen p. Mai	81	81
„ „ Mai	5,85	5,90	Schmalz „ März	7,62	7,75
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ Mai	8,02	7,95
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen kaum stetig, Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 18. März. Norddeutscher Lloyd. Friedrich der Grosse 12 Uhr mittags von Gibraltar abgeg. Yorck Dienstag 9 Uhr abends in Suez angek. Kronprinzessin Cecilie Dienstag 12 Uhr mittags von New York abgeg. Kronprinz Wilhelm Dienstag 11 Uhr abends in New York angek. Breslau, Dienstag 11 Uhr vorm. Cherbourg passiert. Chemnitz Mittwoch 3 Uhr morgens in Bremerhaven angek. Gneisenau Mittwoch 5 Uhr morgens von Bremerhaven abgeg. Amerika Dienstag 11 Uhr vorm. von Savannah abgeg.

Hamburg, 18. März. Hamburg-Amerika-Linie. Parthia, ausgehend, 17. März von Paranagua abgeg. Habsburg, von Ostasien, 17. März 12 Uhr mittags auf der Reede von Havre angek. Brasilia 17. März 3 Uhr nachm. von Hongkong nach Singapore abgeg. Alesia 16. März 1 Uhr nachm. von Astoria in Yokohama angek. Rugia, von Mittelbrasilien, 17. März 7 Uhr morgens in Lissabon angek. Thuringia, nach der Westküste Amerikas, 16. März in Antwerpen angek. Senegambia, nach Ostasien, 17. März morgens in Port Said angek. Dortmund, von Ostasien, 18. März 4 Uhr 25 Min. morgens auf der Elbe angek. Suevia, ausgehend, 18. März morgens in Manila angek. Fürst Bismarck, heimkehrend, 17. März nachm. von Havana abgeg. Syria, ausgehend, 17. März in Havana angek. Silvia, Truppentransport von Ostasien, 17. März morgens in Singapore angek. Karthago, nach Südbrasilien, 17. März 7 Uhr abends von Teneriffe abgeg. La Plata, nach Nordbrasilien, 17. März nachm. Quessant Creach passiert. Moltke, auf der Orientfahrt, 17. März 10 Uhr abends in Pera angek. Barcelona 17. März 11 Uhr vorm. in Philadelphia, Endpunkt, angek. C. Ferd. Laeisz, von Ostasien, 17. März nachmittags Quessant Creach passiert. Spezia, heimkehrend, 17. März von Moulmein nach Bassein abgeg. Assyria, 17. März von St. Thomas über Havre nach Hamburg abgeg. Cheruscia, ausgehend, 16. März in St. Thomas angek. Polynesia, heimkehrend, 16. März von Punta Arenas abgeg. Andalusia, 16. März in Antwerpen, Endpunkt, angek. Abessinia, ausgehend, 16. März von Callao abgegangen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	17. März	+1,20	—	4
Nebra, Oberpegel	„	+2,12	—	10
„ Unterpegel	„	+1,80	—	—
Weissenfels, Oberpeg.	„	+2,72	4	—
„ Unterpeg.	„	+1,40	8	—
Trotha	17. „	+3,06	18. „ +2,94	12 —
Alsleben, Oberpegel	17. „	+7,96	18. „ +2,75	21 —
„ Unterpegel	„	+5,78	„ +2,80	98 —
Bernburg	„	+2,40	„ +2,26	14 —
Kalbe, Oberpegel	„	+2,02	„ +1,96	6 —
„ Unterpegel	„	+2,40	„ +2,20	20 —

Moldau. Iser. Eger. Elbe.							
	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	17. 0,00	2	—	Torgau	18. +2,08	16	—
Prag	„ +1,14	—	—	Wittenberg	„ +2,99	11	—
Jungbunzl	„ +0,20	1	—	Rosslau	„ +2,60	11	—
Laun	„ +0,35	12	—	Barby	„ +2,99	12	—
Pardubitz	„ +0,48	12	—	Magdeburg	„ +2,59	11	—
Brandeis	„ +1,25	25	—	Tangermde.	„ +3,60	6	4
Melnik	„ +1,00	15	—	Wittenbrge.	„ +3,35	—	10
Leitmeritz	18. +0,62	16	—	Dömitz, Peg.	17 „ +2,69	—	8
Aussig	„ +1,06	17	—	Hohnstorf	18. „ +2,63	—	8
Dresden	„ —0,35	16	—	Lauenburg	„ +2,56	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080319017/fragment/page=0006